

2/201/16-2 Berlin

BERLIN!

Jede Menge Zukunft

14.10.1988



Programm der CDU Berlin
 für die Wahl 1989

Jede Menge Leistung - Jede Menge Erfolge

Wirtschaft und Arbeit

- seit 1983 mehr als 43.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und besetzt
- Zahl der Erwerbstätigen 1987 mit 877.000 so hoch wie seit 12 Jahren nicht
- Wanderungsgewinn von ca. 40.000 Deutschen in den letzten vier Jahren
- Handwerk: 1987 mit 140.000 Arbeitsplätzen höchster Beschäftigungsstand seit 20 Jahren
- Rückgang der Kurzarbeiter um 87% (Aug. '88/ Aug. '83) - niedrigster Stand seit 8 Jahren
- Jugendarbeitslosigkeit seit 1983 um ein Drittel gesenkt
- 600 Innovationsassistenten vermittelt seit 1983
- 16.000 Arbeitnehmer durch Weiterbildungsprojekte qualifiziert
- Berlin - weltweit 6. größter Kongreßstandort
- zwischen 1984 und 1988 jährlich 1,5 bis 1,8 Mio. Besucher in Berlin
- ca. 3000 Unternehmensneugründungen pro Jahr, 3800 in 1987

Bau- und Wohnungswesen

- Berlin ist schöner geworden: vom Herrmannplatz bis zum Mexiko-Platz, von der Spandauer Altstadt bis SO 36, am Tegeler Hafen, am Elefantentor-Platz, am Ku'Damm, in der Fasanenstraße
- seit 1981 fast 70.000 neue Wohnungen bezugsfertig, als Wohnraum für mehr als 150.000 Menschen, 9000 Wohnungen befinden sich im Bau
- von 1985 bis 1987 wurden mehr als 80.000 Wohnungen instandgesetzt, modernisiert; seit 1981 mehr als 200.000 Wohnungen
- seit 1981 wurden rd. 9.000 neue Wohnungen in bestehenden Dachgeschossen genehmigt
- wohnumfeldverbessernde Maßnahmen im Märkischen Viertel (für rd. 10 Mio. DM)
- Wohngeld für jährlich mehr als 86.000 Haushalte
- Sicherheit für 500.000 Altbauwohnungen durch soziales Mietrecht
- 1988 für über 250.000 Altbauwohnungen erstmals keine Mieterhöhung
- Mietspiegel als Regelungsinstrument von Mietern und Vermietern akzeptiert
- Schutz vor Spekulation für 22.000 Haushalte durch Übernahme der Neuen Heimat

Kultur

- internationaler Erfolg der 750-Jahr-Feier
- Berlin - Kulturstadt Europas 1988, Treffpunkt der Künstler Europas
- Einbeziehung Berlins in das deutsch-deutsche Kulturabkommen
- Eröffnung des Kammersmusiksaales
- Gründung des Deutschen Historischen Museums
- die Waldbühne lebt wieder
- Eröffnung der Bildhauerwerkstatt
- Ausbau der Künstlerförderung, Erweiterung der Stipendien und der Ankaufetats
- Europäischer Filmpreis zum ersten Mal in Berlin verliehen

- Fertigstellung Martin-Gropius-Bau
- Ausbau Berlins zur Medienstadt, größte Verkabelungsdichte in Europa, 27 Fernsehprogramme im Kabel

Frauen

- Einsetzung von Frauenbeauftragten in den Bezirken und an den Hochschulen
- Richtlinien zur Frauenförderung im öffentlichen Dienst
- Verbesserung und Ausbau von Teilzeitbeschäftigung
- mehr Geld für Frauenhäuser
- Verbesserung der Situation in den Frauenhäusern, z.B. durch schnellere Wohnungsvermittlung
- Programme zur Wiedereingliederung und Fortbildung nach der Familienphase
- Kontaktladen für drogenabhängige Frauen eröffnet

Jugend und Familie

- seit 1985 8.200 Kita-Plätze geschaffen und heute mit 76.400 Kita-Ganztagsplätzen ein bundesweit einmaliges Angebot
- Seit der Übernahme des Erziehungsgeldes durch den Bund kann in Berlin heute auch das 2. Lebensjahr des Kindes mit dem Berliner Familiengeld (55 Mio. DM jährlich) gefördert werden
- schnellere Vermittlung der Kita-Plätze durch EDV-Einführung
- verstärkte Hilfen für Aussiedler-Familien
- 5 zusätzliche Jugendfreizeitheime
- Ausbildungsplätze für fast alle nachfragenden Jugendlichen
- Ausbau des Kindermotdienstes
- Förderung von Kinderfilm und Kinderkino
- 35 % mehr sozialpädagogisch betreute Ausbildungsplätze
- Integrationsprogramm für behinderte Kinder

Berlin- und Deutschlandpolitik

- aktive Deutschlandpolitik durch Eberhard Diepgen, Intensivierung des Meinungsaustausches mit der DDR
- Gesprächsergebnisse Diepgen - Honnecker (Übernachtungsmöglichkeiten in Ost-Berlin, Gebietsaustausch, Gespräche über Sondermüllverbrennung, Austausch von Umweltdaten, Partnerschaften zwischen Spandau und Nauen sowie Zehlendorf und König-Wusterhausen)
- Berlin-Initiative der drei Schutzmächte
- Besuche von Präsident Reagan, Königin Elizabeth, Staatspräsident Mitterand und vielen bedeutenden Staatsmännern in Berlin
- Umweltschutzabkommen mit der DDR
- "Müllabkommen" mit der DDR
- Ausbau der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit mit der DDR
- Verhandlungen über den Bau einer modernen Eisenbahnverbindung nach Hannover
- Pannen- und Abschleppdienst im Transitverkehr in Verbindung mit dem ADAC
- Sondertarife der DB gelten auch für den Berlin-Verkehr
- Zulassung weiterer Fluggesellschaften im Berlin-Flugverkehr
- Vereinbarung eines dritten Grenzüberganges im Süden Berlins

BERLIN - JEDE MENGE ZUKUNFT!

**Wahlprogramm
der CDU Berlin
für die Abgeordnetenhauswahlen am 29.1.1989**

Programmkommission: Ulf Fink
Dr. Dieter Flämig
Dr. Volker Hassemer
Barbara John
Jürgen Klemann
Volker Liepelt
Gunnar Sohn
Marlies Wanjura
Prof. Dr. Lutz Wicke

Vorsitzender: Klaus Landowsky

Redaktion: Elke Heydenreich
Stefan Siebner
Michael Gentsch

Berlin, den 14. Oktober 1988

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Berlin- Menschliche Metropole und Hauptstadt der Deutschen	5
Europa '92 - Herausforderung und Chance für Berlin	5
Berlin ist unverwechselbar	5
Berlin ist für die Deutschen unersetzbar	5
Unsere Vision: Menschlichkeit und Qualität	6
I. Berlin hat eine nationale Aufgabe	7
1. Berlin bleibt Prüfstein der Entspannung	7
2. Gemeinschaftsaufgaben aus gemeinsamen Interessen	7
II. Engagement für Berlin - Arbeitsplätze für die Berliner	8
3. Die "Herausforderung '92" als Chance nutzen	8
4. Den Strukturwandel der Wirtschaft vorantreiben	8
5. Moderne Dienstleistungen fördern	9
6. Arbeitsplätze durch Umweltschutz	9
7. Der Mittelstand ist Rückgrat unserer Wirtschaft	9
8. Qualität schafft Arbeitsplätze	10
9. Neue Wege zu mehr Beschäftigung	10
III. Verantwortung für die Zukunft - Wir schützen die Umwelt	11
10. Für eine ökologische und soziale Marktwirtschaft	11
11. Offensive für die Berliner Luft	11
12. Offensive für saubere Gewässer	12
13. Den Boden schützen und sanieren	12
14. Die Lärmbelastung senken	12
IV. Urbanität - Berlin hat ein unverwechselbares Gesicht	13
15. Berlin ist schöner geworden	13
16. Wohnen in Berlin - In der Großstadt zu Hause	13
17. In Berlin bleiben die Mieten bezahlbar	14
18. Verkehrspolitik in Berlin - Vorfahrt für den Menschen	14

	Seite
V. Gute Nachbarschaft - Berliner schaffen eine neue Kultur des Helfens	15
19. Die Fähigkeit zur Selbsthilfe stärken	15
20. Berlin - lebenswert für Familien	16
21. Die Erfahrung älterer Menschen nutzen	16
22. Behinderte in die Mitte nehmen	16
23. Ehrenamtliche Hilfe - Berliner helfen mit	17
24. Landsleute mit offenen Armen empfangen	17
25. Spitzenmedizin - In und für Berlin	17
VI. Berlin - Stadt des Geistes, der Kunst, der Wissenschaft und des Sports	18
26. Berlin - Kulturstadt Europas. Nicht nur 1988	18
27. Kulturpolitik für alle	18
28. Berlin - Ort der Wissenschaft	19
29. Qualitätsstrategie für Berlin	19
30. Forschung überwindet Grenzen	19
31. Berlin ist sportlich	20
VII. Dem Gemeinwesen dienen	21
32. Den inneren Frieden bewahren	21
33. Dem Gemeinwohl verpflichtet	21
34. Wir stehen zu unserem öffentlichen Dienst	21
35. Die Eigenbetriebe haben sich bewährt	21
VIII. Miteinander leben - Berlin ist für viele Ausländer zur Heimat geworden	22
36. Die Integration fördern - Den Zuzug begrenzen	22
37. Schutz für Verfolgte - Aber Mißbrauch des Asylrechts verhindern	22

Berlin - Menschliche Metropole und Hauptstadt der Deutschen

Berlin ist eine lebendige Stadt, eine pulsierende Metropole. Die Bevölkerung verjüngt sich und ihre Zahl wächst wieder; die Menschen leben gerne hier.

Unsere Stadt hat natürlich auch große Probleme. Wir können sie nicht alle lösen, aber wir arbeiten daran. Die Arbeitslosigkeit ist bedrückend, deshalb dürfen wir nicht nachlassen, sie entschieden zu bekämpfen. Unsere Umwelt ist in Gefahr; ihr Schutz und ihre Erhaltung bedürfen größter Anstrengung. Die Bevölkerungszahl nimmt zu; noch längst nicht alle Berliner haben die Wohnung, die sie sich wünschen. Wir werden daher zusätzliche bezahlbare Wohnungen schaffen. Die Großstadt bringt auch Einsamkeit und Isolierung; mit unserer Politik der guten Nachbarschaft wollen wir helfen, daß die Menschen sich bei uns zu Hause fühlen.

Berlin hat jede Menge Zukunft. Davon sind die Berliner überzeugt, dafür arbeitet die Berliner CDU. Mit Stolz verweisen wir darauf, daß es der CDU in den letzten acht Jahren gelungen ist, aus Problemen auch neue Chancen für die Zukunft zu machen.

Politik in und für Berlin ist ohne diesen Zukunftsglauben und ohne konkrete Vision nicht denkbar. Deshalb planen wir langfristig, bis hinein ins 21. Jahrhundert. Zur Jahrhundertwende wird sich entscheiden, von welchen Zentren unseres Kontinents die entscheidenden Einflüsse und Entwicklungen ausgehen, welche Metropolen im europäischen Raum Rang und Bedeutung haben werden.

Europa '92 - Herausforderung und Chance für Berlin

Im Jahr 1992 wollen die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft noch enger zusammenrücken. Mit der weiteren Öffnung der Grenzen bieten sich neue Perspektiven für die Wirtschaft, aber auch für die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten jedes einzelnen Menschen. Erstmals in der Geschichte wird versucht, aus europäischer Außenpolitik eine europäische Innenpolitik zu machen. Dieses Zusammenrücken bringt einen großen Wachstumsimpuls, die Konkurrenz verstärkt sich.

Unsere Stadt hat die Voraussetzungen, sich als geistiges und kulturelles Zentrum, als Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt zu bewähren und im Europa der Zukunft neben Metropolen wie London, Paris, Moskau und Rom zu bestehen. Das ist wichtig, nicht nur für die Stadt selbst, sondern auch für die Zukunft jedes einzelnen Berliners.

Von Berlin wird national und international mehr erwartet als von anderen Städten. Mit der Kraft und der Kreativität aller Bürger, mit ihren Ideen und Persönlichkeiten werden wir in der Lage sein, diese Herausforderung zu bestehen.

Berlin ist unverwechselbar

Berlins geographische Lage in der Mitte Europas und an der Nahtstelle zweier widersprüchlicher Gesellschaftssysteme gibt uns einen historischen Auftrag:

- Durch seine Geschichte ist Berlin heute der einzige Ort in Europa, an dem die USA kraft originären Rechts anwesend sind. Hier erhält die Wertegemeinschaft von Europäern und Amerikanern immer wieder neue Impulse. Von Berlin aus wird daher die Brücke zwischen Europa und den Vereinigten Staaten geschlagen.
- Berlin ist aber auch der Ort, an dem auch England, Frankreich und die Sowjetunion gemeinsam mit den USA originäre Rechte haben. Berlin wird zur Klammer Europas. Wie keine andere Stadt eignet es sich für den Dialog zwischen West und Ost, für politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Austausch, für Verhandlungen, Begegnungen, Kontakte.
- Die fortbestehende Verantwortung der vier Siegermächte für ganz Berlin macht die Stadt zu einem ständigen Prüfstein: für die Bereitschaft zur Entspannung und für die Verpflichtung zur Erhaltung des Friedens in Europa.
- Unsere Stadt ist Heimat für sehr unterschiedliche Menschen - Weltbürger und Kiezbewohner, Alteingesessene und Zuwanderer, Junge und Alte, Tradition und Avantgarde. Darin liegt ihr urbaner Reiz. Er verbindet sich mit einem neuen Optimismus und einer neuen Aufbruchstimmung, die Berlin zu einer Stadt machen, auf die man heute wieder schaut.

Berlin ist für die Deutschen unersetzbar

- Berlin bleibt die Hauptstadt aller Deutschen. Hier ist ihre Zusammengehörigkeit sichtbar begründet. Hier ist zu spüren, was Deutschland eint.
- Hier wird deutlich, warum es notwendig ist, die Teilung zu überwinden. Berlin ist die Stadt, in der es mehr als irgendwo sonst um die Sache der Deutschen geht, von der das künftige Zusammenleben der Deutschen neue Anstöße erfahren kann.
- Berlin erfüllt eine nationale Aufgabe - nach innen genauso wie nach außen. Unsere Stadt ist der wichtigste öffentliche Platz in Deutschland. Hier nehmen neue Entwicklungen in wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und sozialen Bereichen ihren Ausgang, hier werden Antworten auf die Zukunftsfragen unserer Gesellschaft erprobt. Zugleich ist Berlin der Begegnungsort der Deutschen mit der Welt.

Unsere Vision: Menschlichkeit und Qualität

Berlins Unverwechselbarkeit und Unverzichtbarkeit machen mehr als Größe, Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft den Metropolencharakter aus. Für die Berliner CDU ist Politik die ständige Auseinandersetzung um die geistige Führung in der Stadt. Wir wissen: Wir schulden Berlin mehr als kompetente Sacharbeit, wir schulden Berlin die Vision einer Stadtgesellschaft, mit der sich alle Bürger identifizieren können:

Wir wollen Lebensqualität für unsere Stadt. Unsere Politik sucht Antworten auf Fragen, die mit dem Weg in die Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts auf uns zukommen. Was zum Beispiel werden die Änderungen der Arbeitsbedingungen und Arbeitsabläufe für die Menschen bringen, was die Aufgabe der starren Trennung von Arbeitszeit und Freizeit? Wir stehen für eine Strategie der Qualität, für eine Zukunft, in der stets gefragt wird, was Berlin der Nation geben kann. Dabei setzen wir auf Ideen und Persönlichkeiten. In Kultur und Wissenschaft, in Wirtschaft, Technik und Politik wollen wir die Besten für Berlin gewinnen, wollen wir, daß Berliner zu den Besten gehören. Wir wollen in Wirtschaft und Industrie höchste Standards. Dies sind die Maßstäbe, die Richard von Weizsäcker 1981 für Berlin gesetzt hat.

Unser Leitbild ist eine Gesellschaft, in der jeder sich zunächst die Frage stellt: "Was kann ich geben?", bevor er fragt: "Was kann ich bekommen?" Eine Gesellschaft, in der soziale Anerkennung vom Sein und nicht vom Haben abhängt.

Diese Politik orientiert sich an christlich-demokratischen Wertvorstellungen und Idealen. Eine Politik, die sich von diesen Idealen leiten läßt, wird eine Politik für alle Menschen sein. Was wir wollen, ist das Entstehen für das Ganze, die Partnerschaft und die Solidarität der Leistungswilligen und Leistungsfähigen mit denen in unserer Gesellschaft, die ihre Leistung bereits erbracht, noch nicht erbracht haben oder objektiv nicht erbringen können. Für diesen Anspruch wollen wir die Menschen begeistern, die jüngeren wie die älteren, die stärkeren wie die schwächeren.

Mit diesem neuen Gemeinsinn gestalten wir eine Gesellschaft, die Antworten auf die Bedürfnisse aller Bürger findet: Freiheit zur Selbstverwirklichung, Arbeit und sicheren Lebensunterhalt, ausreichend bezahlbare Wohnungen, eine gesunde Umwelt, Möglichkeiten für Freizeit und Erholung. Wir schaffen die Bedingungen, die es wert sein lassen, in Berlin zu leben, Familien zu gründen, Kinder zu erziehen, etwas zu leisten und zufrieden älter zu werden.

Die Gleichberechtigung von Frau und Mann wollen wir zu einer Selbstverständlichkeit machen, die ihren Ausdruck in einer neuen Partnerschaft findet. Durch vielfältige programmatische Aussagen, gerade in den letzten Jahren, haben wir belegt, daß die Berliner CDU den Verfassungsauftrag der Gleichberechtigung zur Verfassungswirklichkeit machen will. Frauen und Männer sollen die gleiche Chance haben, ihr Können und ihr Talent bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben einzubringen.

Wir wollen eine humane Stadt, eine menschliche Metropole, die identifiziert wird mit Freiheit,
mit Toleranz,
mit einer Vielfalt verschiedener Lebensentwürfe,
mit Offenheit für Veränderung,
mit sozialer Verantwortung, Kreativität und Leistung.

Für unsere Stadt wollen wir einen ständigen Ideenwettbewerb, der von den Prinzipien der Offenheit, der Ernsthaftigkeit und der Qualität bestimmt wird. Wir rufen alle Bürger auf, sich an diesem "Berliner Gespräch" zu beteiligen. Alleine können wir die Herausforderung nicht meistern. Aber wir haben den Schwung und die Kraft, neue Ziele und große Vorhaben in Angriff zu nehmen.

Die Berliner CDU glaubt an die Zukunft unserer Stadt. Im Geiste der Freiheit und der Toleranz, des neuen Gemeinsinns, republikanischer Tugenden und eines aufgeklärten Patriotismus wollen wir Berlins Aufgabe im Europa der Zukunft erfüllen.

Hierfür steht unser Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen.

I. Berlin hat eine nationale Aufgabe

Berlin ist und hat eine nationale Aufgabe. Als Symbol der Einheit bleibt es die einzig denkbare Hauptstadt aller Deutschen. Berlin dokumentiert, daß die deutsche Frage offen ist. Die Teilung Deutschlands wäre längst zementiert, gäbe es nicht das freie Berlin mit seiner demokratischen Verfassung, seiner sozialen Marktwirtschaft und seiner offenen Gesellschaft. Gerade in Berlin werden daher die Fragen nach der nationalen Zukunft der Deutschen offener, schärfer und bewußter gestellt als in anderen Teilen unseres Landes.

Die Berliner CDU will dazu beitragen, daß eine stabile Friedensordnung für Europa geschaffen wird, durch die auch das deutsche Volk in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechts die Wiedervereinigung in Freiheit erlangt. Wir sind davon überzeugt, daß die Mauer vor der Geschichte keinen Bestand hat.

1. Berlin bleibt Prüfstein der Entspannung

Berlin ist Gradmesser für den Stand der deutsch-deutschen Beziehungen und Prüfstein für die Entspannungsbereitschaft. Berlin bietet Chancen für die Begegnung von Ost und West. Deshalb müssen auch von Berlin, in enger Abstimmung mit den Alliierten und der Bundesregierung, eigene Anstöße in der Deutschlandpolitik ausgehen. Die Bindungen des freien Teils unserer Stadt an den Bund und nach Westen müssen weiterentwickelt werden. Die Bundesregierung und die Europäische Gemeinschaft haben ihren Beitrag dazu zu leisten, Berlins Kraft und Vitalität zu steigern.

Die strikte Einhaltung, volle Anwendung und Ausschöpfung des Vier-Mächte-Abkommens bieten allen Beteiligten, auch dem Senat von Berlin, Möglichkeiten für eine dynamische Politik für Berlin.

Die neuen Kontakte zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe stellen eine Herausforderung und eine Chance dar. Wir sind entschlossen, sie für Berlin nutzbar zu machen.

2. Gemeinschaftsaufgaben aus gemeinsamen Interessen

Solange Berlin, Deutschland und Europa geteilt sind, müssen in der Deutschland- und Berlinpolitik die gegenwärtigen Realitäten zu Grunde gelegt werden. Dazu gehört die Existenz der Machtblöcke mit dem freiheitlichen Gesellschaftssystem im Westen und dem kommunistischen im Osten ebenso wie der Wille der Deutschen, zu einer Nation zu gehören.

Das Ziel unserer Deutschland- und Berlin-Politik für die 90er Jahre heißt daher:

- Wir wollen, daß die Einheit der Nation und der Stadt

Berlin trotz der staatlichen Teilung für immer mehr Deutsche konkret erlebbar wird.

- Wir wollen, daß die von der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR unter voller Einbeziehung Berlins geschlossenen Verträge mit Leben erfüllt werden.
- Wir wollen, daß auf der Grundlage dieser Verträge ein Netz von vielfältigen Begegnungsmöglichkeiten für die Menschen, von gemeinsamen Interessen und gemeinsamen Projekten geschaffen wird.

Die Menschen in Ost und West sind die Träger des Willens zur Einheit; gemeinsame Interessen können der Motor bei der Überwindung trennender Grenzen sein. Sie bestehen auf vielen Gebieten, z.B. in der Wirtschaft und der Wissenschaft, beim Umweltschutz, bei der Energieversorgung.

Eine Politik, die gemeinsame Interessen betont, darf zugleich die grundlegenden Unterschiede zwischen unserer freiheitlichen Ordnung und dem System der DDR nicht verkennen und nicht verschweigen. Was wir wollen, ist nicht Wandel durch Annäherung, sondern Wandel durch Offenheit.

Wir wollen der Teilung auch durch eine Politik der Vernetzung von unten begegnen. Der Ausbau moderner Verkehrswege in Ost-West-Richtung, die notwendige Zusammenarbeit beim Umweltschutz und beim Strukturwandel zu den neuen Kommunikations- und Informationstechnologien verstehen wir als Gemeinschaftsaufgaben der Deutschen im Dienste eines ungeteilten Europa.

Für diese Politik der Vernetzung ist unsere Strategie der Qualität von besonderer Bedeutung: Qualität ist das beste Mittel dagegen, daß ein Bogen um Berlin gemacht werden kann. Der Weg über Berlin muß zukünftig für alle gewinnbringender sein als der Weg an Berlin vorbei.

Aus der Interessenlage Berlins streben wir besonders an:

- den zügigen Abschluß der Verhandlungen über den Bau der Schnellbahn von Berlin nach Hannover als Teilstück einer Eisenbahnverbindung Moskau-Paris,
- ein deutsch-deutsches Luftverkehrsabkommen, das den Interessen des Flughafens Tegel dient,
- eine Vereinbarung über den Bau von Rauchgasentschwefelungsanlagen für die Braunkohle-Kraftwerke der DDR,
- eine Vereinbarung über die Sauberkeit des Teltow-Kanals,
- die termingerechte Eröffnung des neuen Übergangs im Süden Berlins,

- die Öffnung aller Übergänge in der Stadt für alle Benutzer,
- die Öffnung der Glienicker Brücke für den Besuch von Potsdam,
- die Möglichkeit der Erteilung von Visa direkt am Übergang,
- die Öffnung der Wasserwege in und um Berlin für die Tourismus-Schifffahrt,
- eine intensive Einbeziehung Berlins in den Kultur-, Wissenschafts-, Sport- und Jugendaustausch mit der DDR,
- einen freien Zeitungsaustausch zwischen beiden Teilen der Stadt,
- den Ausbau der innerdeutschen Wirtschaftskontakte über Berlin,
- weitere Partnerschaften mit Städten und Gemeinden der DDR sowie Kontakte zwischen den Bezirken der Stadt,
- den Aufbau von gemeinsamen Ferien- und Erholungseinrichtungen in der DDR.

Die Berliner CDU fordert von der DDR-Regierung weiterhin mit allem Nachdruck, endlich den Schießbefehl an der Mauer aufzuheben, den Zwangsumtausch für alle Berliner zu senken und die Einreiseverbote zurückzunehmen.

II. Engagement für Berlin - Arbeitsplätze für die Berliner

Unsere Politik ist auf die Sicherung und Schaffung von zukunftssicheren Arbeitsplätzen und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gerichtet. Sie hat das Ziel, jedem Berliner die Chance auf einen Arbeitsplatz zu bieten.

Arbeit dient nicht nur dem Lebensunterhalt, sondern auch der Selbstbestätigung. Arbeitslosigkeit hinzunehmen, widerspräche daher der Würde des Menschen.

Unsere Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik setzt auf die Kraft der Berlinerinnen und Berliner: der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, der neuen Gründer und Erfinder. Unsere bisherigen Erfolge belegen, daß wir auf dem richtigen Weg sind:

- In den letzten fünf Jahren entstanden rund 40.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Die Zahl der in Berlin Beschäftigten erreicht mit 877.000 einen neuen Höchststand seit 1975.
- In der gleichen Zeit wuchs die Wirtschaft mit 2,6 % im Jahresdurchschnitt deutlich schneller als im Bund. Berlin kommt gut voran, wir haben beim Strukturwandel aufgeholt.
- Über 67.000 Zuwanderer seit 1981 und die steigende Zahl der Neugeborenen belegen auch das wiedergewonnene Vertrauen der Menschen in die Zukunft, die Lebens- und Wirtschaftskraft der Stadt. Der Westteil der Stadt zählt heute wieder 2 Millionen Einwohner und ist eine junge Metropole.

3. Die "Herausforderung '92" als Chance nutzen

In den nächsten Jahren eröffnen sich für die Berliner Wirtschaft neue bedeutende Perspektiven:

- 1992 will die Europäische Gemeinschaft den Binnenmarkt vollenden und damit wirtschaftliche Schranken beseitigen. Unsere Arbeit, unsere Produkte und Dienstleistungen müssen sich dann noch mehr am gemeinsamen Markt orientieren und im Wettbewerb bewähren.
- Die Europäische Gemeinschaft und der östliche Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe haben eine gemeinsame Erklärung über die zukünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit beschlossen. Berlin ist voll einbezogen und erhält aufgrund seiner Lage in der Mitte Europas die Chance, als Brücke zwischen den beiden Märkten zu dienen. Unsere Stadt ist der Ort, von dem aus der wirtschaftliche Austausch zwischen Ost und West am besten organisiert werden kann.

4. Den Strukturwandel der Wirtschaft vorantreiben

Damit Berlin als attraktiver Wirtschaftsstandort seinen Stellenwert im internationalen Wettbewerb behaupten kann, müssen wir den Strukturwandel der Berliner Wirtschaft weiter vorantreiben. Strukturwandel heißt, in jeder Hinsicht auf Qualität zu setzen. Indem wir den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt konsequent in den Dienst der arbeitenden Menschen und einer intakten Umwelt stellen, stärken wir den Schwung, die Erneuerungs- und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und sichern damit die Arbeitsplätze der Zukunft.

- Damit Berlin als Hochlohnstandort in den nächsten Jahrzehnten wirtschaftlich bestehen kann, kommt es vor allem auf die hochwertige Qualität der Produkte und Dienstleistungen der Stadt an. Wir wollen unsere Innovations- und Technologiepolitik konsequent fortsetzen. Technologischer Stillstand bedeutet wirtschaftlichen Rückschritt.

- Wir werden den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft weiter unterstützen, etwa durch das Programm "Innovationsassistenten", bei dem junge Hochschulabsolventen vor allem mittelständischen Unternehmen modernes Know-How in Management, Technologie und Marketing vermitteln.
- In der Nachbarschaft der Technischen Universität entsteht zur Zeit ein Zentrum der Hochtechnologie für rund 400 Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker. Hier werden modernste Schlüsseltechnologien entwickelt, die wir für die Wirtschaft nutzen müssen.

5. Moderne Dienstleistungen fördern

Dienstleistungen werden immer wichtiger. 30.000 Arbeitsplätze haben in den vergangenen vier Jahren allein die Dienstleistungsunternehmen geschaffen. Es sind expandierende Branchen wie die Umweltschutztechnik, die Weiterbildung, die Software-Entwicklung, die Unterhaltungs- und Freizeitbranche, das Pflege- und Gesundheitswesen, die Werbung und die neuen Finanzdienstleistungen, die neue Arbeitsplätze und die Einkommen der Zukunft bieten. Hier liegen die Chancen für Berlin.

- Wir wollen engagiert das im Dienstleistungssektor "schlummernde" Wirtschafts- und Arbeitsplatzpotential wecken und ausbauen. Wir werden weiter überregional auf Berlin als Dienstleistungsstadt aufmerksam machen.
- Wir wollen den wiedergewonnenen Ruf Berlins als "Zentrum der Medizin" stärken, indem wir nach dem Deutschen Herzzentrum Berlin ein neues Rheuma-Forschungszentrum entstehen lassen. Berlin als "Erste Adresse" medizinischer Hilfeleistung in Europa - auch das tut dem Ruf unserer Stadt gut.
- Berlin ist reich an schöpferischen Menschen, die z.B. auf den Gebieten der Software-Entwicklung, der Mode oder des Designs arbeiten. Sie brauchen jedoch Unterstützung bei der Vermarktung ihrer Ideen. Wir wollen daher Kooperationsmöglichkeiten und Zusammenschlüsse junger, kreativer Anbieter von Dienstleistungen fördern.
- Das einzigartige Kultur- und Messeangebot der Stadt bringt Besucher aus dem In- und Ausland nach Berlin. Die jährlich über 1,5 Millionen Gäste sind in jeder Hinsicht gut für Berlin; nicht zuletzt stellen sie einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar. Wir werden das Fremdenverkehrs- und Kongreßgewerbe durch die weitere Verbesserung der weltweiten Berliner Tourismuswerbung unterstützen und wollen die Ausstellungsflächen am Messegelände bedarfsgerecht erweitern.
- Berlin kann aufgrund seiner bedeutenden Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen, seiner kulturellen und touristischen Attraktivität und seiner Kongreß- und

Veranstaltungsinfrastruktur zu dem Weiterbildungszentrum Deutschlands der 90er Jahre werden.

6. Arbeitsplätze durch Umweltschutz

Mit einer marktwirtschaftlich orientierten, innovativen Umweltpolitik können wir in erheblichem Maße Arbeitsplätze schaffen und sichern, Chancen durch Umweltschutz nutzen. Berlin hat den Vorzug, daß hier international anerkannte Forschungsinstitute und Behörden auf dem Gebiet des Umweltschutzes tätig sind. Sie bilden das strukturelle Umfeld, in dem die Berliner Wirtschaft neue Umweltdienstleistungen und Umweltschutzprodukte entwickeln und vermarkten kann.

- Wir wollen die Umweltforschung an den Berliner Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen gezielt fördern.
- Mit der Errichtung des Umwelttechnik-Zentrums UTEC wollen wir Berlin als Standort für Umweltindustrien profilieren und damit insbesondere kleineren und mittleren Unternehmen Hilfestellung geben beim Ergreifen der Chancen durch Umweltschutz.
- Wir wollen notwendige Umweltschutzinvestitionen vorziehen und so zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze beitragen.
- Im Rahmen der Qualifizierungsoffensive wollen wir immer mehr Arbeitnehmer für die notwendigen Umweltaufgaben aus- und weiterbilden. In diese Maßnahmen sollen die Umwelt- und Naturschutzverbände Berlins mit ihrem großen Engagement und Sachverstand stärker einbezogen werden.

7. Der Mittelstand ist Rückgrat unserer Wirtschaft

Berlin braucht Eigeninitiative, persönlichen Einsatz und die Bereitschaft zur Weiterentwicklung. Deshalb ist der selbständige Mensch ein Leitbild unserer Politik. Für eine freiheitliche Wirtschaftspolitik bedeutet das, eine aktive Mittelstandsförderung zu betreiben. Gerade der Mittelstand bietet tüchtigen Menschen die besten Chancen, sich voll entfalten zu können. Mittelständische Unternehmen arbeiten flexibler und kundennäher als große Firmen. Sie haben den Großteil der 40.000 zusätzlichen Arbeitsplätze in den letzten Jahren geschaffen. Es kommt darauf an, daß sie sich noch stärker den Herausforderungen des Strukturwandels stellen: neue Produkte und Verfahren einführen, Mitarbeiter weiterbilden, neue und zusätzliche Anstrengungen im Verkauf machen, moderne Methoden beim Management, der Logistik oder der Kundenbetreuung anwenden und ihre Unternehmensstrategie auf Innovation und Qualität ausrichten.

- Wir wollen deutlich machen, daß in der Wirtschaft Privatinitiative Vorrang vor staatlichen Maßnahmen hat. Durch Entbürokratisierung und durch Beschleuni-

gung von Genehmigungsverfahren soll die Gründungsbereitschaft in Berlin unterstützt werden.

- Existenzgründungen haben das Klima in Berlin entscheidend mitgeprägt. Wir wollen unsere Förderprogramme fortsetzen und noch wirksamer gestalten. Als sehr erfolgreich haben sich die Existenzgründungen von Frauen erwiesen. Wir wollen unsere Bemühungen, diese zu unterstützen, intensivieren.
- Wir wollen zu einer höheren Leistungsfähigkeit der Betriebe und zu mehr Zeitsouveränität der Arbeitnehmer beitragen, indem wir uns für flexiblere Formen der Arbeitsorganisation einsetzen. Wir verwechseln dies nicht mit dem Abbau sozialer Schutzrechte. Wir treten für eine Senkung der Lohnnebenkosten ein und wollen den vorhandenen Spielraum zur Liberalisierung der Ländeschlußzeiten ausnutzen.
- Mit einer entschiedenen Bekämpfung der Schwarzarbeit werden wir den Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten vieler mittelständischer Betriebe entgegenwirken.
- Wo monopolartige Situationen, z.B. beim Benzin oder im Baustoffhandel, Betriebe und Verbraucher belasten, wollen wir für mehr Wettbewerb sorgen.
- Für Investoren werden wir in Berlin auch zukünftig ausreichende Gewerbeflächen zur Verfügung stellen und dabei die Chancen durch flächensparenden Gewerbebau nutzen.

8. Qualität schafft Arbeitsplätze

Berlin wird den Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte in einer immer stärker zusammenwachsenden Europäischen Gemeinschaft nur bestehen, wenn sich Arbeitnehmer, Unternehmer und Arbeitslose der ständigen Herausforderung der Qualifizierung stellen. Nur so werden wir ausreichend qualifizierte Arbeitsplätze und Unternehmensfunktionen für Berlin gewinnen. Den jungen Berlinern bietet die Stadt ein in ihrer Vielfalt und Qualität erstklassiges Angebot an Berufsausbildungschancen. Wir unterbreiten dieses Ausbildungsangebot auch jungen Menschen aus der gesamten Bundesrepublik, wenn deren Heimat eine solche Leistung nicht erbringen kann. Die Berliner Betriebe haben 1987 erstmals wieder ein Überangebot an Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellen können.

Lernen ist aber heute mehr denn je ein lebenslanger Prozeß. Menschliches Wissen wird immer mehr zum entscheidenden Produktionsfaktor. Die intelligenten Produkte und Dienstleistungen der Zukunft können nur von Arbeitnehmern geschaffen werden, die über besondere Fähigkeiten und Fertigkeiten verfügen.

- Wir werden daher unsere Qualifizierungsoffensive, durch die schon Zehntausende von Berlinerinnen und Berlinern erreicht wurden, mit aller Kraft fortsetzen. So sichern wir die Arbeitsplätze der Beschäftigten und geben Arbeitslosen neue Chancen. Wir wollen vorsorgen, damit sich die Mitarbeiter in den Betrieben frühzeitig für neue Anforderungen qualifizieren und so vor einer Entlassung geschützt werden. Wir wollen vorbereiten, indem neue Beschäftigungsfelder rechtzeitig durch berufliche Bildung erschlossen werden, und wir wollen sorgen, indem wir die Einstellung und Einarbeitung schwer vermittelbarer Arbeitsloser und die Ausbildung benachteiligter Jugendlicher durch besondere Zuschüsse erleichtern.
- Die Qualifizierungsoffensive für Frauen werden wir weiter verstärken. Damit der Wiedereinstieg in das Berufsleben erleichtert wird, wollen wir mit den Betrieben Modelle entwickeln, die es Männern und Frauen in der Familienphase ermöglichen, Kontakt zur Arbeitswelt und zu ihren Betrieben zu halten. Wir werden durch Hilfen und Kurse die Wiedereingliederung unterstützen und Bedingungen schaffen, die es ermöglichen, Familien- und Berufsarbeit miteinander zu verbinden.
- Wir werden mithelfen, die Arbeitsstrukturen in den Betrieben humaner und die Arbeitsmarktinstrumente flexibler zu gestalten, um auch so bessere Voraussetzungen für qualifizierte Arbeit zu schaffen.

9. Neue Wege zu mehr Beschäftigung

Wirtschaftliches Wachstum ist wichtig, damit neue Arbeitsplätze entstehen. Wachstum allein reicht aber nicht aus, um alle Beschäftigungsprobleme zu lösen. Für schwer vermittelbare und für lange Zeit Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger wollen wir, daß ihre Fähigkeiten und ihr Kontakt zur Arbeitswelt erhalten und ihr Selbstwertgefühl gestärkt werden. Problemgruppen des Arbeitsmarktes, die sich auf den Strukturwandel durch Qualifizierung nicht vorbereiten können, werden wir nicht alleine lassen: Sie brauchen gezielte Hilfen und Perspektiven, die ihnen Mut machen und neue Chancen eröffnen.

- Wir wollen ein abgestimmtes Stufenprogramm für die benachteiligten Personengruppen, die zunächst schwer in ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis zu vermitteln sind. Wir treten dafür ein, daß die dafür notwendigen bundesrechtlichen Voraussetzungen fortlaufend verbessert werden.
- Wir wollen auch unkonventionelle Wege gehen, etwa indem wir junge Menschen mit einer Förderungszusage unterstützen, wenn sie sich mit Eigeninitiative um einen Arbeitsplatz bemühen ("501-Programm").

III. Verantwortung für die Zukunft - Wir schützen die Umwelt

Die dauerhafte Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist neben der Sicherung der Freiheit Berlins und der Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung die wichtigste politische Aufgabe in unserer Stadt. Sie verlangt eine ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik, weiter zunehmendes Umweltbewußtsein jedes einzelnen Berliner und umfangreiche öffentliche Umweltschutzzinvestitionen. Eine intakte Umwelt ist unbedingte Voraussetzung für die dauerhafte Sicherung Berlins als Lebens- und Produktionsort.

Für Berlin in seiner besonderen geographischen Lage ist vor allem die Reinhaltung von Luft und Wasser wichtig. Hierzu ist eine enge Kooperation mit unseren Nachbarn nötig. Luft und Wasser kennen keine Grenzen.

Umweltschutz ist die Zukunftsaufgabe schlechthin. Wir schulden es uns und den kommenden Generationen, ihnen eine lebenswerte Welt zu erhalten. Die Bundesrepublik ist in den letzten Jahren zur treibenden Kraft in Europa geworden. Die Vorreiterfunktion bei der Durchsetzung des Katalysator-Autos belegt, daß es auf das entschiedene Handeln einzelner Länder auch dann ankommt, wenn globale Lösungen gebraucht werden.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf, die ökologische Erneuerung, notfalls auch im Alleingang, voranzutreiben. Die dringliche Aufgabe der Rettung der Nord- und Ostsee, der Bewahrung der bedrohten Ozonschicht, der Erschließung anderer Energieformen, die die Verbrennung fossiler Energieträger ersetzen können, sowie der Reinhaltung der Luft und der Sanierung der Binnengewässer kann von keinem Land allein gelöst werden. Die Bundesregierung muß daher die Partner in ganz Europa dafür gewinnen, eine drastische Reduzierung der Umweltbelastungen durchzusetzen und die DDR drängen, auch einen Beitrag zur Lösung ihrer Umweltprobleme zu leisten. Der DDR muß bewußt werden, daß die Lösung der Umweltprobleme auch eine deutsche Gemeinschaftsaufgabe ist.

Wir setzen uns ein für eine Beendigung der Einleitung und der Verbrennung giftiger Abfälle in der Nordsee. Bis 1992 fordern wir eine Neuregelung der Emissionsrichtlinien in der Europäischen Gemeinschaft auf der Grundlage der für die Bundesrepublik geltenden niedrigeren Grenzwerte.

10. Für eine ökologische und soziale Marktwirtschaft

Wir streben die Fortentwicklung unserer Wirtschaftsordnung zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft an. Da Umweltschutz bei jedem einzelnen anfängt, gilt es, das Eigeninteresse der Menschen an der Erhaltung der Umwelt verstärkt zu fördern und zu nutzen.

- Wir treten für die Verankerung des Umweltschutzes als Staatsziel in das Grundgesetz ein.

- Wir wollen das Verursacher- und Vorsorgeprinzip vermehrt anwenden, um Unternehmern und Konsumenten mehr Anreize zur Suche nach umweltfreundlichen Produktions-, Konsum- und Abfallbeseitigungsmethoden zu geben. Umweltschädigendes Verhalten muß durch höhere Kosten bestraft, umweltschonendes Verhalten dagegen durch geringere Ausgaben belohnt werden.

- Wir treten für eine Verschärfung des Umwelthaftungsrechts ein und wollen die Einführung einer nach Umweltisiko gestaffelten Umwelthaftpflichtversicherung.

- Umweltkriminalität ist kein Kavaliersdelikt. Wir setzen uns für eine deutliche Verschärfung des Umweltstrafrechts ein. Die angedrohten Strafen müssen in einem angemessenen Verhältnis zu den durch Umweltkriminalität angerichteten Schäden stehen und die Möglichkeit, erzielte Gewinne abzuschöpfen, muß geschaffen werden.

- Wir wollen den technischen Fortschritt in den Dienst des Umweltschutzes stellen. Um auch kleinen und mittleren Betrieben die Möglichkeit umweltschonender Produktionsmethoden zu geben, wollen wir "Umwelt-Agenturen" gründen, die bei der Planung und Finanzierung von Umweltinvestitionen helfen.

- Wir wollen die Umweltberatung der Unternehmen und der privaten Haushalte verstärken, um über die individuellen Möglichkeiten und Chancen des Umweltschutzes besser aufzuklären. Dazu gehört auch Umwelterziehung in der Schule und eine Ausdehnung der Möglichkeiten des "freiwilligen ökologischen Jahres".

- Wir wollen die Überwachung von Industrieanlagen verbessern, um möglichst an der Quelle die Überschreitung von zulässigen Grenzwerten feststellen zu können.

- Wir fordern die Einführung einer "Naturschutz-Sondermarke" der Bundespost, aus deren Erlös Maßnahmen zur Arten- und Biotoperhaltung mitfinanziert werden können.

11. Offensive für die Berliner Luft

Berlin ist eines der größten industriellen Ballungsgebiete Europas mit einer hohen Schadstoffbelastung der Luft. Ein großer Anteil der Verschmutzung wird aber auch durch private Heizungen und den Straßenverkehr verursacht. Wir setzen uns dafür ein, daß die Berliner Luft wieder ihre vielbesungene Qualität erhält.

- Wir werden das Berliner Fernwärmenetz zügig ausbauen, den Erdgasanschluß der Haushalte und die Wärmedämmung von Gebäuden beschleunigen und die Modernisierung aller Berliner Kraftwerke vorantreiben.

- Wir werden weiterhin Energiesparmaßnahmen fördern.
- Wir wollen eine schnelle Einbindung in das westeuropäische Stromverbundsystem mit dem Ziel, zu einer umweltverträglicheren Energieerzeugung auch in der DDR beizutragen.
- Wir werden weiterhin Anreize für die Aus- bzw. Nachrüstung möglichst vieler Kraftfahrzeuge mit Katalysatoren geben und uns für die Entrüftung von Dieselfahrzeugen einsetzen.
- Wir werden die Entwicklung und den Einsatz moderner Techniken fördern, die in der Lage sind, Schadstoffe aus privaten Heizungsanlagen herauszufiltern.
- Wir werden die ökologische Ausgleichsfunktion des Stadtgrüns verstärken, indem wir zusätzliche Grünflächen erschließen. Insbesondere die Großparkplätze der Betriebe, der Behörden und der Einkaufszentren sollen entsiegelt, bepflanzt und neben der Dach- und Fassadenbegrünung zur Verbesserung der Luftqualität nutzbar gemacht werden.

12. Offensive für saubere Gewässer

Wasser ist nicht nur notwendige natürliche Lebensgrundlage und Lebensraum. Unsere fließenden und stehenden Gewässer haben gerade für uns Berliner auch einen erheblichen Erholungswert. Gleichzeitig ist ein konsequenter Gewässerschutz bei uns der beste Solidaritätsbeitrag, den Berlin für die bedrohte Nordsee leisten kann.

Es ist unsere Absicht, das ökologische Gleichgewicht unserer Gewässer zu erhalten beziehungsweise wiederherzustellen. Unser Ziel muß es sein, eine durchschnittliche Gewässergüte der Stufe II zu erreichen.

Dieses Ziel wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- Verminderung der Schadstoffeinleitung - durch Reinigungssysteme für Industrieabwässer, Herabsetzung der Grenzwerte und bessere Kontrolle, auch im Wassersportbereich,
- Bau von unterirdischen Regen- und Mischwasserrückhaltebecken,
- Vervollständigung und Erneuerung veralteter Teile des Kanalisationsnetzes,
- Modernisierung der Klärwerke Ruhleben und Marienfelde, um eine deutliche Reduzierung des Phosphat- und Stickstoffgehalts zu erreichen,
- Forcierung der Versuche zur biologischen Entphosphatisierung,

- Uferschutzprogramme zur Rekultivierung von Schilf und Röhricht,
- Sanierung grundwassergefährdender Altlasten.

13. Den Boden schützen und sanieren

Die knappen Flächen in Berlin machen ein sparsames Umgehen mit ihnen notwendig, verlangen die Durchsetzung des mehrgeschossigen Gewerbebaus und konsequentes Flächenrecycling. Dies setzt die Sanierung der in Jahrhunderten verschmutzten Böden voraus. Da aber die Deponierung von verunreinigtem Boden umweltpolitisch keine Dauerlösung ist, müssen die Voraussetzungen für eine verstärkte Durchsetzung neuer Techniken der Bodensanierung, wie z.B. Bodenwäsche, chemische und mikrobielle Reinigung, geschaffen werden.

- Insbesondere in den Einzugsgebieten der Wasserwerke müssen die verunreinigten Böden ausgetauscht oder saniert werden. Vordringlich ist die Sanierung der Deponie Wannsee.

Auch eine sinnvolle Abfallwirtschaftspolitik hat ihren Beitrag zur Sauberhaltung unser Böden, des Grundwassers und der Luft zu leisten. Unser Ziel ist es, die Abfallmenge langfristig deutlich zu reduzieren und darüber hinaus den Recycling-Anteil deutlich zu steigern.

- Wir begrüßen die Pfandpflicht für Kunststoff-Einwegflaschen. Wir streben darüber hinaus Regelungen an, die zu einer Verringerung des Einweganteils bei Getränkeverpackungen und sonstigen Verpackungsmaterialien führen.
- Für Konsumgüter mit umweltschädlichen Bestandteilen streben wir eine Verpflichtung des Handels zur Rücknahme und sachgerechten Beseitigung an. Dies gilt z.B. für Kühlschränke oder Batterien.

14. Die Lärmbelastung senken

Wir haben nicht die Möglichkeit, Industrieansiedlungen, den Flugverkehr und den Autobahnverkehr in Stadtrahenlagen zu verlegen. Bei uns spielt sich all dies inmitten unseres Stadtgebietes ab, direkt neben Wohnsiedlungen und Naherholungsgebieten.

Es ist darum unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß Lärm schon an der Quelle bekämpft wird und unvermeidbare Lärmbelästigungen ein zumutbares Maß nicht überschreiten. Gleichzeitig kann nicht alles, was laut ist, als zu bekämpfende Lärmbelästigung gelten. In unserer Stadt sind auch Lebensfreude, Sport, Kinder und Straßenfeste zu Hause. Die Ruhe eines Kurortes kann Berlin nicht erreichen; sie ist bei uns auch nicht erstrebenswert.

- Wir setzen uns dafür ein, daß der Ausbau des Flugverkehrs von und nach Berlin mit dem Einsatz modernster lärmarmen Flugzeuge einhergeht. Gleichwohl ist zu

prüfen, ob die Lärmentwicklung eine Ausdehnung der Lärmschutzzonen erforderlich macht.

- Wir wollen, daß weitere lärm-dämmende Maßnahmen an Schnellstraßen und der Stadtautobahn ergriffen werden.

- Wir fordern die öffentliche Hand dazu auf, bei der Vergabe von Bauaufträgen auf den Einsatz lärm-armer Baumaschinen zu achten.

IV. Urbanität - Berlin hat ein unverwechselbares Gesicht

Berlin ist schöner geworden. Die Innenstadt ist nach Dienstschluß keine leere Bürostadt, sondern lebendig und spannend. Sie bietet individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und hat für jeden Platz. Dies ist auch das Ergebnis der gesunden Stadtstruktur, die wir mit allen Mitteln erhalten wollen. Berlin ist eine grüne Stadt und muß es auch bleiben.

Traditionell wird in Berlin in unmittelbarer Nachbarschaft gewohnt und gearbeitet. Die historisch gewachsene Stadtstruktur belegt dies eindrucksvoll. Wir wollen ein fruchtbares Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten, Verkehr und Erholung, Sport und Freizeit, Stadt und Natur. Die Mauer um und durch die Stadt zwingt uns dazu, alles auf engem Raum zu ermöglichen; wir haben allen Grund zusammenzurücken.

15. Berlin ist schöner geworden

Die Stadtgestalt trägt viel zur Lebensqualität bei und ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß sich die Bürger mit ihrer Stadt identifizieren. Stadtgestaltung in Berlin bedeutet einerseits liebevolle Korrektur der räumlichen Zerrissenheit und der Planungsschäden der Vergangenheit durch ein menschengerechtes und urbanes Stadtbild, andererseits auch den Mut zu eigenständigen, Akzente setzenden und zukunftsweisenden Neubauten.

Als Grundlage für die Stadtgestaltung steht uns der neue Flächennutzungsplan zur Verfügung. Mit ihm haben wir endlich ein zweckmäßiges Instrumentarium geschaffen, das Abschied nimmt von der Beton-Ideologie der Vergangenheit und Planungssicherheit schafft.

Die harmonische Verbindung aller Lebensbereiche verlangt eine enge Verzahnung von Stadtentwicklung und Umweltschutz, den intelligenten Umgang mit den Flächen der Stadt als Grundlage ihrer Entwicklung: anstelle des unbedachten Verbrauchs von Flächen muß städtebauliche Qualifizierung treten.

- Wohngebiete, die vor und nach der Jahrhundertwende entstanden sind, haben ihre eigene Atmosphäre. Die Individualität dieser Gebiete muß erhalten bleiben. Durch die konsequente Fortsetzung der behutsamen Stadterneuerung wird ihr Wohnstandard an moderne Ansprüche herangeführt werden. In vielen Stadtgebieten ist auch zukünftig eine Stadtreparatur durch Lückenschließung und Verbesserung des gesamten Wohnumfelds notwendig.

- Dem westlichen Teil der historischen Stadtmitte gilt unsere besondere Zuwendung. Mit dem Deutschen Historischen Museum in Nachbarschaft des Reichstags und der Kongreßhalle als 'Haus der Kulturen der Welt', dem Kulturforum, dem Martin-Gropius-Bau und dem Filmhaus Esplanade werden wir Einrichtungen von nationalem und internationalem Rang ansiedeln.

- Mit gelungenen Einzelbauten und erneuerten Stadtquartieren der Internationalen Bau-Ausstellung wurde die städtebauliche Stagnation der 70er Jahre beendet und wieder an internationale Maßstäbe und europäische Bautradition des 20. Jahrhunderts angeknüpft.

- Nachdem der Kurfürstendamm vieles von seiner ursprünglichen Eleganz und Großzügigkeit wiedergewonnen hat, kommt es uns nun darauf an, den Bereich um den Boulevard aufzuwerten. Die Kantstraße, die Lietzenburger Straße, die Kurfürstenstraße und die Gegend bis Nollendorf- und Lützowplatz haben ihren eigenen Charakter, den es zu bewahren, zu entwickeln und in ein großstädtisches Zentrum einzubeziehen gilt. Wir wollen das Gebiet vom Kranzler bis zum Kant-Dreieck mit anspruchsvoller Architektur gestalten und die S-Bahn-Bögen in der Innenstadt öffnen.

16. Wohnen in Berlin - In der Großstadt zu Hause

Wir wollen die wiedergewonnene Attraktivität Berlins durch unsere Bau- und Wohnungspolitik erhalten und weiter ausbauen.

Seit 1981 wurden 70.000 neue Wohnungen für etwa 150.000 Bürger in unserer Stadt bezugsfertig. Dies entspricht dem Wohnraum einer Stadt wie Osnabrück!

Berlin bietet heute für 2 Millionen Einwohner über 1,1 Millionen Wohnungen. Diese Dichte des Angebots ist unter den europäischen Großstädten einmalig.

- Dennoch müssen wir weitere Wohnungen bauen. Durch die große Zahl von Neu-Berlinern ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt erneut angespannt. Erst ein maßvolles Überangebot an Wohnungen stabilisiert einen sich selbst regulierenden Wohnungsmarkt.
- Wir wollen zu einer Verstetigung des Wohnungsneubaus auf höherem Niveau kommen und die Voraussetzungen schaffen, daß die städtischen und gemeinnützigen

gen Wohnungsbaugesellschaften sich wieder verstärkt am Wohnungsneubau beteiligen. Bis Ende 1992 wollen wir weitere 30.000 neue Wohnungen errichten. Wo die Flächen knapp sind, kann und muß - sorgfältig geplant und an sorgfältig ausgewählten Orten - auch höher gebaut werden.

- Wir wollen dafür sorgen, daß Neubauten attraktiv gestaltet werden und sich in die Stadtgestalt einfügen. Dabei muß gleichzeitig eine familiengerechte und kinderfreundliche Bauplanung berücksichtigt werden.

Neben dem Neubau von Wohnungen werden wir aber weiterhin die vorhandene Bausubstanz erhalten und sanieren.

- Wir werden dafür sorgen, daß auch weiterhin Modernisierung, Instandsetzung, Energieeinsparung und Mietermodernisierung mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Unser Ziel lautet: Bis zum Ende der 90er Jahre soll der gesamte Berliner Altbaubestand instand gesetzt sein. Dabei ist darauf zu achten, daß Berlin auch billigen Wohnraum braucht.
- Im Dachgeschoßausbau besteht die Möglichkeit, eine Vielzahl neuer Wohnungen zu schaffen, ohne etwas von den knappen Flächen unserer Stadt zu verbrauchen. Gleichzeitig können Dachausbauten einen individuellen Wohnstandard bieten. Wir wollen die Förderprogramme für den Dachgeschoßausbau ausdehnen und alle bürokratischen Hemmnisse und unnötigen rechtlichen Einschränkungen beseitigen. Auf die städtischen und die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften werden wir gezielt einwirken, damit sie ihr Ausbaupotential nutzen; von den privaten Eigentümern erwarten wir, daß sie die im Dachgeschoßausbau liegenden Chancen erkennen.
- Qualitätsverbesserungen müssen sich dem eigenständigen Charakter der Wohngebiete unterordnen. Wohnumfeldverbesserungen müssen auch für die Wohnsiedlungen der 60er und 70er Jahre durchgeführt werden, um die Lebensqualität langfristig zu sichern.

Der Erwerb von Wohn- und Grundeigentum sind der beste "Mieter"-Schutz. Wir berücksichtigen daher das steigende Bedürfnis nach den "eigenen vier Wänden" und fördern das Eigentum an Wohnungen. Durch verschiedene öffentlich geförderte Eigentumsprogramme konnte die Eigentumsquote in Berlin gegenüber 1980 um ein Drittel auf 12% gesteigert werden. Vor allem junge Familien nehmen die Chance wahr, sich ein Eigenheim zu schaffen und den individuellen Wohnwert durch einen Garten oder kinderfreundlichere Umgebung erheblich zu verbessern. Als gewollter Nebeneffekt werden durch den Umzug ins eigene Heim mietgünstige Wohnungen frei und entlasten den Wohnungsmarkt.

Jede Spekulation mit Wohnraum lehnen wir ab.

17. In Berlin bleiben die Mieten bezahlbar

Unsere Mietenpolitik ist erfolgreich: Wir haben für die soziale Absicherung der Mieter in einer marktwirtschaftlich orientierten Wohnungspolitik gesorgt.

- Zeitgleich mit dem Inkrafttreten des Sozialen Mietrechts in Berlin zum 1. Januar 1988 haben wir gewährleistet, daß sich der Mietspiegel als von Mietern und Vermietern akzeptiertes Regelungsinstrument durchsetzen konnte. 500.000 Haushalte in Altbauten profitieren nun von einer sozial gerechten und ausgewogenen Lösung. Erstmals hat rund die Hälfte der Altbaumieten in diesem Jahr keine Mieterhöhung zu tragen gehabt.
- Im öffentlich geförderten Wohnungsbau sorgen wir für gerechte Mieten und für sozialen Ausgleich. Besserverdienenden muten wir die Zahlung einer Fehlbelegungsabgabe zu. 50.000 Haushalten mit geringem Einkommen gewähren wir einen individuell berechneten Mietausgleich. Seit 1985 wurden hierfür über 60 Millionen DM aufgewandt.
- Wir haben uns für die in Bonn 1986 beschlossene Novellierung des Wohngeldgesetzes eingesetzt und damit die Grundlage dafür geschaffen, daß allein 1987 rund 86.000 Haushalten Wohngeld von durchschnittlich 109,- DM monatlich bewilligt werden konnte.

Die Mieten in Berlin bleiben auch in Zukunft bezahlbar!

18. Verkehrspolitik in Berlin - Vorfahrt für den Menschen

Von der früher herrschenden Idee der autogerechten Stadt haben wir gründlich und dauerhaft Abschied genommen. Unsere Verkehrspolitik orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen, also an der Begrenzung der Schadstoff- und Lärmbelastung durch Autos, an der Erhaltung gewachsener Stadtquartiere, an der Mobilität, die das eigene Auto für viele Menschen bedeutet, und an den Erfordernissen eines fließenden Verkehrs.

Durch eine konsequente Gleichberechtigung des öffentlichen Personennahverkehrs mit dem Individualverkehr wollen wir dafür sorgen, daß trotz steigender Anzahl privater Kraftfahrzeuge die BVG-Benutzung zunimmt, daß der Individualverkehr nicht übermäßig steigt und daß die gesundheits- und umweltfreundliche Fahrradbenutzung begünstigt wird.

- Wir werden weiterhin in den Ausbau unseres öffentlichen Personennahverkehrs-Systems investieren. Dabei hat für uns die Sanierung des S-Bahn-Rings Priorität. Auch der U-Bahnbau muß weitergehen.
- Wir wollen den Flughafen Tegel entlang des Stadtrings mit dem Messegelände verbinden - bei gleichzeitiger Anbindung des Kurfürstendamms. Dabei ist zu prüfen, ob hierfür die in Berlin entwickelte moderne und umweltfreundliche M-Bahn-Technik in Frage kommt.

- Der Wunsch der Menschen nach einem eigenen Auto ist ungebrochen. Die BVG hat sich darauf durch ein noch attraktiveres Tarifangebot einzustellen, das immer mehr Kraftfahrern nahelegt, nicht nur ihr Auto, sondern auch Bus und Bahn zu benutzen.
- Für die Erschließung der Außenbezirke streben wir eine enge Kooperation der BVG mit dem privaten Taxigewerbe an.
- Wir wollen den Bau von Parkhäusern und Tiefgaragen intensivieren und dabei vor allem das Konzept von "Quartiersgaragen" (etwa in der Form unterirdischer Pater-Noster-Parkhäuser) erproben.
- Zur Entlastung des Tiergartens, der innerstädtischen "Grünen Lunge" unserer Stadt, wollen wir mit dem Bau einer neuen Nord-Süd-Straße beginnen und weite Teile davon als Tunnel bauen.
- Das System der Radwege muß weiterentwickelt und die Begünstigung der Fahrradbenutzung intensiviert werden. Die Benachteiligung und Gefährdung der Radfahrer muß entschieden verringert werden.

Die Entwicklungschancen Berlins sind eng verknüpft mit den schnellen Verbindungen zu allen europäischen Zentren. Um Berlin zum Knotenpunkt in der Mitte Europas auszubauen, ist es unerlässlich, die überregionalen Verkehrswege zu verbessern. Dabei hat für uns die Eisenbahnbindung an das übrige Bundesgebiet höchste Priorität.

- Wir setzen uns für die schnellstmögliche Realisierung einer Schnellbahnverbindung mit ICE-Standard ein. Darüber hinaus wollen wir erreichen, daß die Zugfrequenz möglichst auf den 1-Stunden-Takt erhöht wird.
- Die alliierten Flugverbindungen von und nach Berlin stellen den einzig freien Zugang in unsere Stadt dar. Sie gilt es zu sichern und durch mehr Wettbewerb zu beleben.
- Über die neuen Verbindungen nach New York und Brüssel hinaus streben wir daher weitere Direktverbindungen vor allem ins europäische Ausland an.
- Der neue Grenzübergang in Tempelhof schafft neue Verbindungen und entlastet den Verkehr und die Umwelt im Süden Berlins. Deshalb ist es erforderlich, daß er fristgerecht zum 1. Januar 1994 fertiggestellt wird.

V. Gute Nachbarschaft - Berliner schaffen eine neue Kultur des Helfens

Berlin und die Berliner haben neues Selbstbewußtsein gewonnen. Berlin hat Maßstäbe gesetzt, auch in der Sozialpolitik. Wir gehen neue Wege,

- damit sich alle Menschen hier wohl und geborgen fühlen,
- damit die Generationen einander begegnen, voneinander lernen und einander helfen,
- damit Eigenverantwortung und Hilfe zur Selbsthilfe auch im Sozialbereich gestärkt werden und
- damit den wirklich Hilfsbedürftigen gezielt und wirksam geholfen werden kann.

Berlin ist nicht nur die Stadt der Jungen, Schönen und Starken: Hier sollen auch Alte und Kranke, Behinderte und Hilfsbedürftige menschenwürdig leben können - und alle anderen natürlich auch.

Obwohl die finanziellen Möglichkeiten des Staates begrenzt sind, ist es uns in Berlin gelungen, durch das Setzen von Schwerpunkten auch neue Aufgaben zu finanzieren. Wir konzentrieren uns auf die vorrangigen sozialen Aufgaben und die tatsächlich Hilfsbedürftigen.

19. Die Fähigkeit zur Selbsthilfe stärken

Wir treten für eine neue Sozialpolitik ein, die nicht alles vom Staat und von den großen Betreuungsorganisationen erwartet, sondern die Hilfe zur Selbsthilfe gibt und die kleine Gruppen, Nachbarschaften und Familien in ihrer Bereitschaft zum freiwilligen wechselseitigen Helfen anerkennt, stützt und fördert. Eigenverantwortung und Eigeninitiative sind auch im Sozialbereich mehr denn je gefragt. Wir wollen daher die Fähigkeit zur Selbsthilfe weiter stärken.

- Das Berliner Modell der Förderung von Selbsthilfe-Initiativen hat bundesweit große Anerkennung und Nachahmung gefunden. Im Gesundheits- und Sozialwesen und in der Seniorenarbeit sind die Selbsthilfe-Gruppen zu einer wichtigen Ergänzung der professionellen Dienste geworden. Sie stellen ein Bindeglied zwischen den kleinen Kreisen der Familie und der Nachbarschaft einerseits und den großen Institutionen unseres Gesundheits- und Sozialwesens andererseits dar. Wir wollen und können darauf nicht verzichten und werden die Selbsthilfe auch in Zukunft weiter fördern. Wir wollen die Angebote der Selbsthilfe und der professionellen Einrichtungen besser miteinander abstimmen und verzahnen. Wir wollen, daß in den Bezirken Kon-

takt- und Informationsstellen zur Verfügung stehen, die kontaktsuchende Menschen über die Möglichkeiten der Selbsthilfe beraten. Und wir werden weiterhin bewährte Gruppen in eine Dauerförderung übernehmen.

20. Berlin - lebenswert für Familien

Wir sind stolz darauf, durch eine Vielzahl neuer Leistungen Berlin zu der Stadt gemacht zu haben, in der sich Familien wohlfühlen können. Mit dem Berliner Familiengeld und Familiendarlehen, mit der Stiftung "Hilfe für die Familie", dem umfassendsten Angebot an Kindertagesstätten- und Tagespflegeplätzen und den besonderen Hilfen für Alleinerziehende erhalten und stärken wir die Fähigkeit der Familien, für sich zu sorgen und ihre Kinder zu erziehen.

Die Schule ist wieder zu einem zuverlässigen Partner der Eltern geworden. Sie können darauf vertrauen, daß die Schule einen verantwortlichen Beitrag bei der Persönlichkeitsbildung und Wissensvermittlung leistet.

Berlin ist eine junge Stadt und verjüngt sich ständig weiter. Wir wollen auch in Zukunft unsere Anstrengungen für eine familienfreundliche Stadt fortsetzen.

- Mit dem Erziehungsgeld und dem Berliner Familiengeld sichern wir den Kindern im wichtigen Lebensabschnitt der ersten beiden Lebensjahre die volle Betreuung und Zuwendung durch die Mutter oder den Vater.
- Danach finden heute 75 % der Kinder zwischen dem zweiten und dem sechsten Lebensjahr einen Platz in der familienergänzenden Betreuung einer Kindertagesstätte. Um der wachsenden Kinderzahl gerecht zu werden und den Versorgungsgrad besonders in Bedarfsschwerpunkten zu verbessern, planen wir, bis 1992 mindestens 7.200 weitere Plätze zu schaffen.
- Wir werden uns nicht damit abfinden, daß Schulräume nachmittags weitgehend ungenutzt und viele Lehrer arbeitslos bleiben. Deshalb sollen künftig Hort-Gruppen, die sich in räumlicher Einheit mit Kindertagesstätten befinden, in Schulräume verlagert und von geeignetem pädagogischen Personal betreut werden. Dadurch werden Erzieher und Räume in Kindertagesstätten verfügbar. Wir können damit die Nachfrage nach Hortplätzen befriedigen und zusätzliche Kita-Plätze schaffen. Menschen, die bei diesem Programm mitwirken, verbessern ihre Berufschancen, möglicherweise auch für ihre spätere Anstellung in der Schule. So entstehen 3.000 zusätzliche Hort- und bis zu 3.500 Kindertagesstättenplätze.
- Wir treten dafür ein, daß die Arbeit in der Familie sozial noch besser abgesichert wird. Zwischen den Ehepartnern muß die freie Entscheidung möglich sein, wie sie Erwerbstätigkeit, Hausarbeit und Kindererziehung unter sich aufteilen, ohne daß von außen bestimmte Aufgaben der Frau oder dem Mann zugeordnet werden.
- Wir treten dafür ein, daß künftig ein weiteres Erziehungsjahr pro Kind in der Rentenversicherung anerkannt wird.
- Wir wollen weiter besondere Anstrengungen unternehmen, um die Möglichkeiten für die alleinerziehenden Mütter und Väter zu verbessern.

21. Die Erfahrung älterer Menschen nutzen

Die ältere Generation ist ein Gewinn für unsere Gesellschaft. Wir wollen eine Politik nicht nur für die alten Menschen, sondern mit den alten Menschen. Die älteren Berlinerinnen und Berliner haben nach einem arbeitsreichen Leben Anspruch auf Sicherheit, Geborgenheit, aber auch auf Selbständigkeit und Anerkennung im Alter.

- Zur Würde und Selbständigkeit im Alter gehört zunächst die materielle Unabhängigkeit. Die Berliner CDU setzt sich dafür ein, daß durch die bevorstehende Rentenreform die beitragsbezogene Rente auf Dauer gesichert wird. Wir werben für unseren Vorschlag, der vorsieht, daß alte Mitbürger, die nur eine Kleinstrente beziehen, nicht mehr beim Sozialamt anstehen müssen, sondern die ihnen zustehende Hilfe zusammen mit ihrer Rente erhalten. Wir werden in Berlin die Kinder von sozialhilfeberechtigten Rentnern nicht in Regreß nehmen, wenn zu befürchten ist, daß Bedürftige die ihnen zustehenden Leistungen sonst nicht in Anspruch nehmen.

- Wir werden uns weiter dafür einsetzen, daß das Risiko der Pflegebedürftigkeit durch eine bundesgesetzliche Regelung solidarisch abgesichert wird. In Berlin zahlen wir Schwerstpflegebedürftigen die bundesweit höchsten Pflegegelder und sorgen dafür, daß Menschen, die ihre schwerstpflegebedürftigen Angehörigen versorgen, die Beiträge für die Rentenversicherung erstattet bekommen.

- Ältere Menschen verfügen über einen großen Schatz an Lebenserfahrung, den wir für die Gestaltung der Zukunft bewahren müssen. Mit dem Programm "Das Erfahrungswissen der älteren Generation nutzen" setzen wir in Berlin ein Zeichen. Sinn dieses Programmes ist es, die Fähigkeiten, das Wissen und das Können älterer Menschen in vielfältigen Projekten zu aktivieren, sie generationsübergreifend nutzbar zu machen und an andere - insbesondere auch jüngere - Menschen weiterzugeben. Wir wollen in den Bezirken weitere Wissensbörsen und Treffpunkte der Generationen schaffen.

22. Behinderte in die Mitte nehmen

In Berlin sollen sich auch die behinderten Mitbürger wohlfühlen. Wir wollen daher das Programm für ein behindertengerechtes Berlin konsequent umsetzen und die Lebensbedingungen der behinderten Mitbürger Schritt für Schritt verbessern.

- Wir wollen den wachsenden Bedarf an rollstuhlgerechten Wohnungen befriedigen.
- Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr schrittweise behindertengerecht umbauen. Beim Einkauf neuer Fahrzeuge sollen ausschließlich behindertengerechte Verkehrsmittel auf dem jeweils neuesten Stand angeschafft werden. Die U- und S-Bahnhöfe müssen zügig mit rollstuhlgerechten Zugängen ausgestattet werden. Für diejenigen Behinderten, die sich am öffentlichen Nahverkehr nicht beteiligen können, wird weiterhin ein ausreichendes Angebot an Telebus-Fahrten und Taxi-Coupons vorhanden sein.
- Bei allen öffentlichen Bauvorhaben soll eine behindertengerechte Planung sichergestellt werden.
- Rollstuhlfahrer sollen sich ungehindert in unserer Stadt bewegen können. Dazu gehört, daß beschleunigt die Bordsteinkanten an allen Straßenkreuzungen abgesenkt werden und daß öffentliche Gebäude, Banken und Kaufhäuser rollstuhlgerechte Eingänge erhalten.

23. Ehrenamtliche Hilfe - Berliner helfen mit

Die sozialen Probleme liegen heute nicht mehr in erster Linie im materiellen Bereich, sondern es sind Probleme der menschlichen Zuwendung. Gefragt sind unmittelbare Kontakte von Mensch zu Mensch, freiwillige Hilfsbereitschaft, Geborgenheit und Sichzurechtfinden in überschaubaren Kreisen, in der Familie, in der Nachbarschaft und im Kiez.

- Deshalb wollen wir noch mehr Berliner Bürger dafür gewinnen, sich freiwillig für ihre Mitmenschen zu engagieren, wie es unserer Berliner Tradition entspricht. Der Staat kann Hilfsbereitschaft zwar nicht verordnen. Aber wir wollen die Möglichkeiten sozialen Engagements wieder ins Bewußtsein der Menschen bringen und Wege des freiwilligen Helfens aufzeigen. Wir werden eine neue Kultur des Helfens schaffen!

24. Landsleute mit offenen Armen empfangen

Die nach Berlin kommenden Aus- und Übersiedler empfangen wir mit offenen Armen. Es ist unsere Aufgabe, unsere Landsleute genauso freundlich aufzunehmen und zu integrieren wie nach dem Krieg die Vertriebenen. Natürlich können nicht alle Probleme sofort gelöst werden. Wir wollen für eine reibungslose Unterbringung in Übergangseinrichtungen sorgen. In Sofortprogrammen müssen Sprachkurse angeboten werden, und es muß darüber hinaus dafür gesorgt werden, daß durch Nachschulungen und Qualifizierungsmaßnahmen alle Übersiedler

eine Chance in ihrem erlernten Beruf erhalten. Sobald wir unser Wohnungsbauprogramm für die Stadt umgesetzt haben, werden auch die Wohnungsprobleme dieser Neu-Berliner gelöst sein.

25. Spitzenmedizin - In und für Berlin

Berlin hat seinen früheren Ruf als "Zentrum der Medizin" wiedergewonnen. Jede dritte Herztransplantation in der Bundesrepublik findet heute in Berlin statt. Der hohe Standard des Berliner Krankenhauswesens ist gleichzeitig aber vor allem Grundlage für die bestmögliche Versorgung der Berlinerinnen und Berliner. Große Spitzenkliniken werden ergänzt durch eine Vielzahl guter wohnortnaher Krankenhäuser, durch das inzwischen flächendeckende Angebot von 63 Sozialstationen, die allein 23.000 Patienten versorgen, und durch eine in Deutschland einmalige Dichte der niedergelassenen Ärzte.

- Wir wollen die Qualität des Berliner Gesundheitswesens weiter verbessern und dabei sparsam mit den Beiträgen der Krankenkassenmitglieder umgehen.
- Mit der Errichtung des Rheuma-Forschungszentrums Berlin werden wir einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen eine der meistverbreiteten Volkskrankheiten leisten. Wir werden einen Lehrstuhl für Naturheilkunde einrichten und ein sportmedizinisches Zentrum für Spitzen- und Breitensportler schaffen.
- Wir wollen den Krankenhausplan für Berlin fortschreiben und dabei vor allem den Bereich der Versorgung chronisch und Alters-Kranker neu ordnen. Wir vertreten den Grundsatz, daß sich Rehabilitation immer lohnt - auch im Alter - und wollen dafür sorgen, daß die Geriatrie (Altersheilkunde) als eigenständiges Fachgebiet den gebührenden Platz in der Krankenversorgung erhält.
- Berlin ist führend im Kampf gegen AIDS. Wir werden die Berliner Linie, die vor allem auf Aufklärung und Selbstverantwortung des Einzelnen setzt, entschieden fortsetzen.
- Die Sozialstationen bieten den Berlinern ein verlässliches, jederzeit abrufbares und qualifiziertes Angebot an häuslicher Krankenpflege und Hauspflege. Zusammen mit den Trägern der Sozialstationen wollen wir diese Leistungen um neue flankierende Hilfsangebote erweitern, wie z.B. soziale Beratung, Familienpflege, Nachbarschaftshilfen, Hilfen für pflegende Angehörige und geriatrische Dienstleistungen. Um diese unverzichtbaren Dienste auch in Zukunft zu gewährleisten und auszubauen, werden wir die dafür notwendigen rechtlichen, finanziellen und personellen Grundlagen sichern.

VI. Berlin - Stadt des Geistes, der Kunst, der Wissenschaft und des Sports

Berlin erfüllt heute als Kulturstadt hauptstädtische Funktionen, befriedigt nicht nur eigene Bedürfnisse. Die Kraft Berlins als Kulturzentrum beruht auf einer großen Zahl überregional und international bedeutsamer Institutionen und Veranstaltungsprogramme; vor allem aber auch auf den in der Stadt wirkenden kulturellen Kräften, den Kreativen und Begabten. Sie kommen zunehmend auch wieder aus aller Welt in unsere Stadt, fasziniert von ihrem Klima der Freiheit und ihrer Aufgeschlossenheit für Neues und Experimentelles. Sie begegnen in Berlin einer außerordentlichen Vielfalt und Qualität kultureller Substanz und kultureller Aktivitäten.

26. Berlin - Kulturstadt Europas. Nicht nur 1988

Der kulturelle Aufschwung Berlins in den vergangenen Jahren hat mit der erfolgreichen 750-Jahr-Feier und mit der Auszeichnung der Stadt als "Kulturstadt Europas 1988" einen Höhepunkt erreicht. Diese Auszeichnung gilt vor allem den Menschen, die das kulturelle Profil Berlins prägen. Sie gilt aber auch einer Kulturpolitik, die mit Respekt vor der Freiheit und Eigenständigkeit von Kunst und Kultur ihre Aufgabe in breiter und gezielter Förderung sieht.

Kaum eine Stadt fördert heute die Künste so wie Berlin. In der letzten Zeit wurden Einrichtungen in großer Zahl geschaffen, die die Arbeitsbedingungen für Künstler in Berlin nachhaltig verbessern. So wurden das Literaturhaus, der Kammermusiksaal, die Bildhauerwerkstatt und Ateliers, Übungsräume, Ausstellungs- und Spielstätten in großer Zahl geschaffen. Zunehmend ist es auch gelungen, staatliche Förderung durch privates Mäzenatentum zu ergänzen. Wir wollen die Förderung konsequent fortsetzen und ausweiten und noch mehr privates Engagement anregen.

- Die Filmstadt Berlin wird neuen Auftrieb erhalten, indem die vorhandenen Kapazitäten durch zahlreiche Initiativen gestützt und so technische und künstlerische Potentiale wirksamer nach außen zur Geltung gebracht werden. Eng verknüpft sind diese Initiativen mit solchen im Bereich der sogenannten Neuen Medien, vor allem auch der Medienausbildung, für die Berlin ausgezeichnete Voraussetzungen hat.
- Wir werden in der Stärkung der Musikstadt Berlin einen neuen Schwerpunkt setzen, indem wir den traditionellen Bereich der Chormusik strukturell und finanziell besser ausstatten, eine musische Gesamtschule errichten, uns gezielt um die verbesserte Förderung neuer Musik kümmern, ein Landes-Jugend-Jazzorchester gründen sowie das Chamber Orchestra of Europe und das Ensemble Modern dauerhaft an Berlin binden.

- Wir wollen der Theaterstadt Berlin mit der Erweiterung und Stärkung der Deutschen Oper, durch die Erneuerung der Ballett- und Tanzszenen sowie mit der sinnvollen Fortführung der Werkstattarbeit des Kulturstadtjahres neue Impulse geben.

Wir werden die Kulturstadt Berlin weiter ausbauen. Der zentrale Bereich der Stadt diesseits der Mauer wird zum bedeutendsten Kulturstandort in Deutschland werden - nicht mehr Brachland für Durchgangsverkehr, sondern Ziel für tausende von Besuchern täglich:

- Mit dem Bau des Deutschen Historischen Museums wird einer breiten Öffentlichkeit die Geschichte als neues Thema der Kultur erschlossen.
- Im Hamburger Bahnhof wird ein Museum für Zeitgenössische Kunst entstehen. Wichtige private Kunstsammlungen können damit für Berlin erhalten und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, die Raumnot der Nationalgalerie behoben werden.
- Mit dem Esplanade-Filmhaus werden die Filmkunst und die Filmproduktion Berlins ein neues Zentrum erhalten, dazu ein Museum für die bedeutende Sammlung der Stiftung Deutsche Kinemathek. Der in Berlin als Kulturstadt Europas 1988 zum ersten Mal verliehene Europäische Filmpreis stellt einen kräftigen Anstoß für den europäischen Film von Berlin aus dar. Wir setzen uns dafür ein, daß er auch künftig in Berlin verliehen wird.
- Mit den Neubauten der Museen Abendländischer Kunst am Kulturforum wird in Berlin der größte zusammenhängende Museumskomplex Europas entstehen. Das Kulturforum soll ein besonderer städtebaulicher Anziehungspunkt Berlins werden.
- Wir wollen das Berlin-Museum erweitern und ihm endlich eine Jüdische Abteilung geben, die die Geschichte des jüdischen Berlin als integralen Bestandteil der Stadtgeschichte darstellt.
- Unter der Regie einer eigenen Ausstellungs-Gesellschaft wird der Martin-Gropius-Bau zum Schauplatz von Ausstellungen internationalen Ranges werden, die seinem Ruf als einem der schönsten Ausstellungsbauwerke Europas entsprechen.

27. Kulturpolitik für alle

Kultur als Bestandteil des privaten und öffentlichen Lebens ist in dieser Stadt kein Privileg einer Minderheit. Unsere Kulturpolitik weiß sich einer breiten Allgemeinheit verantwortlich und verpflichtet, ohne sich auf den

kleinsten gemeinsamen Nenner zurückziehen und es allen recht machen zu wollen. Kultur ist immer beides, Konsens und Dissens, Zustimmung und Widerspruch. Möglichst viele sollen an der Auseinandersetzung, die sich aus der Fülle und Pluralität des kulturellen Lebens in Berlin ergibt, teilhaben.

- Vielen steht die kulturelle Aktivität der unmittelbaren sozialen und örtlichen Umgebung näher. Hier ist sie mit der eigenen Lebenswirklichkeit verbunden und lädt zur aktiven Beteiligung ein. Wir werden die Vielfalt der kulturellen Initiativen in der Stadt weiter fördern und die kulturelle Infrastruktur der Bezirke auch durch die Ansiedlung und Förderung dezentraler Einrichtungen weiter stärken. Wir machen neue Orte der Kultur verfügbar.

- Wir betreiben eine Politik der kulturellen Öffnung: Die Verlängerung der Öffnungszeiten der Berliner Museen und Ausstellungen gibt vielen Bürgern erst die Gelegenheit, dieses wichtige kulturelle Angebot wahrzunehmen. Zugleich überlassen wir damit die wachsende Freizeit einer zunehmenden Zahl von Menschen nicht der Unterhaltungs- und Freizeitindustrie und schaffen neue Arbeitsplätze.

- Wir durchbrechen die traditionellen Grenzen zwischen den einzelnen Kulturbereichen und ihren angestammten Publikumsschichten: Die Philharmoniker spielen auch in der Waldbühne und im Rockmusik-Lokal; die Oper tritt auch in der Diskothek auf; Jazz wird auch im Kunstmuseum gespielt; neue Kunst begibt sich auch mal auf den Kurfürstendamm und Design ins Aquarium. Von der Begegnung des sonst Getrennten lebt die kulturelle Auseinandersetzung. Sie bereichert alle.

28. Berlin - Ort der Wissenschaft

Berlin ist Metropole mit Zukunft, weil in Kultur und Wissenschaft Spitzenleistungen erbracht werden.

Berlin bietet vor allem den Standortvorteil einer in der Bundesrepublik einmaligen Vielfalt und Leistungsfähigkeit seiner Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen. Das große Angebot qualifizierter Mitarbeiter und die Kooperationsmöglichkeiten mit den vorhandenen Forschungskapazitäten machen Deutschlands größte Universitätsstadt und bedeutendste Forschungslandschaft interessant für die Ansiedlung innovationsorientierter Industrie- und Wirtschaftsunternehmen.

- Das Fundament von Wissenschaft und Forschung in Berlin sind die Hochschulen. Wir werden dafür sorgen, daß sie die Herausforderungen der 90er Jahre bestehen:

- den zunehmenden Wettbewerb bei wahrscheinlich abnehmenden Studentenzahlen,
- die notwendige Verkürzung der Studienzeiten,
- die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, insbesondere auch der Frauen
- die Entwicklung neuer Forschungsschwerpunkte,

- die Öffnung des Europäischen Binnenmarktes,
- die Fort- und Weiterbildungsaufgaben und
- die Übernahme von Dienstleistungen.

- Wir werden die finanzielle Ausstattung der Hochschulen sicherstellen und die Studienbedingungen der Studenten weiter verbessern. Wir wollen Hochschulen mit wenig Bürokratie und effektiver Verwaltung, die sachorientierte Team-Arbeit über Fraktions- und Proporzdenken stellen und Leistungsbereitschaft und Verantwortungsbewußtsein fördern.

- Wir werden die Wohnraumsituation für die Studenten verbessern.

29. Qualitätsstrategie für Berlin

Die Kriterien der Wissenschaft sind unbestechlich. Ihre Maßstäbe garantieren Qualität und Solidität und sind so die Grundlage für unsere Strategie für die Zukunft.

- Wir wollen die Technische Universität zum Spitzenlabor neuer Technologien machen und die Einrichtung zukunftsorientierter Studiengänge fördern.

- Das Kennedy-Institut der FU soll die gewachsene Verbindung Berlins mit den USA durch wissenschaftliche Kreativität stärken und ihr als intellektuelle Stütze dienen.

- Die Osteuropa-Forschung hat in Berlin ihren natürlichen Standort und soll verstärkt werden.

- Die Akademie der Wissenschaften und das zu gründende Institut für deutsche und internationale Politik sollen von Berlin aus geistige Ideen entwickeln, die dem Anspruch der Stadt, Hauptstadt der Deutschen zu sein, tragfähiges Fundament verleihen.

- Das Berliner Institut zur Weiterbildung von Führungskräften aus den Entwicklungsländern und auch das Japanisch-Deutsche Zentrum sollen Berlin zum Forum weltweiter Beziehungen machen.

- Da fast alle auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe tätigen nationalen Organisationen von Berlin aus wirken, wollen wir unsere Stadt zu einem internationalen Zentrum der personellen Entwicklungszusammenarbeit ausbauen.

30. Forschung überwindet Grenzen

Forschung und Entwicklung eröffnen neue Wege in die Zukunft. Ihre Ziele decken sich vielfach mit Interessen der Wirtschaft. Manche lassen sich außerhalb der Hochschulen besser erreichen.

- Bewährte Kooperationsmodelle sollen erhalten bleiben, neue Formen der Zusammenarbeit versucht werden.

Die Bündelung vorhandener Potentiale hat dabei den Vorrang vor Neugründungen. Wer den Nutzen von dieser Kooperation hat, muß an den Kosten angemessen beteiligt werden.

Forschung in Berlin ist zugleich Forschung für die Stadt: Neue Verkehrssysteme, Stadtplanung, Umwelttechnologie, Sozialforschung, Kommunikationstechniken u. a. sollen hier beispielhaft für andere Regionen entwickelt und erprobt werden.

Menschlicher Forschungsdrang ist unbegrenzt, auch wenn nicht alles, was technisch möglich ist, ethisch vertreten werden kann. Wissenschaft und Forschung vernetzen Berlin mit dem übrigen Bundesgebiet, mit dem Ostteil der Stadt und der DDR, mit Europa und den anderen Staaten, gerade auch der "Dritten Welt".

- Wir wollen diese Vernetzung fördern. Berlin ist in die Kultur- und Wissenschaftsabkommen der Bundesrepublik voll eingebunden. Wir werden uns für den Austausch von Wissenschaftlern und für gemeinsame Forschungsprojekte einsetzen.
- Die Einbindung Berlins in die Europäische Gemeinschaft und die geopolitische Lage der Stadt sind ideale Voraussetzungen für den Wissens- und Technologietransfer. Die Öffnung des europäischen Marktes soll als Chance Berlins, gerade auch im Bereich der wissenschaftlichen Kooperation, voll genutzt werden.
- Wir wollen neue europäische Einrichtungen nach Berlin holen, die für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft von großer Bedeutung sind, zum Beispiel ein Institut für vergleichendes europäisches Sozialrecht.
- Wir treten für eine verstärkte Förderung der deutschen Sprache im Ausland ein, für deutschsprachige Lehangebote Berliner Hochschulen im Ausland und für Master-Kurse von Absolventen aus der "Dritten Welt" an Berliner Hochschulen. Deutsch soll wieder internationale Wissenschaftssprache werden.

31. Berlin ist sportlich

Die Sport-, Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten Berlins sind mitbestimmend für die Qualität des Lebens in unserer Stadt. In Berlin wird hart gearbeitet und viel geleistet. Die vielfältigen Sportmöglichkeiten bieten Ausgleich und Entspannung. Sport macht Berlin zum Treffpunkt bei nationalen und internationalen Veranstaltungen, steigert die Anziehungskraft und das wirtschaftliche Leben unserer Stadt und bietet der Jugend Begegnung, Selbsterfahrung und Bestätigung - er schlägt die Brücke zwischen den Generationen, zwischen Deutschen und Ausländern, und trägt so dazu bei, das Miteinander in unserer Stadt zu verstärken.

Wir fördern den Sport und geben ihm das Gewicht, das der Größe und der Bedeutung unserer Stadt entspricht:

- Mit unserem 700-Millionen-Sonderprogramm werden wir durch umfassende Sanierung und den zusätzlichen Bau von Sportanlagen in den kommenden acht Jahren ideale Bedingungen für den Breiten- und Freizeitsport in Berlin schaffen. Der neue Flächennutzungsplan sieht hierfür 130 Hektar zusätzliche Fläche für Sportanlagen vor. Wir werden dabei das Ruhebedürfnis in Wohngebieten, die Sportbegeisterung der Berliner und den Schutz der Natur miteinander in Einklang bringen.
- Die Voraussetzungen für internationale Wettkämpfe werden durch den Ausbau des Post-Stadions, durch den Bau einer Wettkampf- und Trainingshalle für Wassersportler am Olympiastadion und durch die Überdachung der Radrennbahn Schöneberg wesentlich verbessert.
- Wir unterstützen die Vorbereitungen für den Bau eines neuen Sportpalastes in Berlin. Es soll eine moderne, vielseitig nutzbare Sportarena geschaffen werden, die die Chancen Berlins für die Ausrichtung international bedeutender Sportveranstaltungen eröffnet.
- Unbürokratisch und unkonventionell sind in den vergangenen zwei Jahren insbesondere für junge Menschen eine Vielzahl von Tennisfeldern auf Schulhöfen entstanden. Wir wollen vorhandene Flächen, wie stillgelegte S-Bahn-Trassen, teilweise freistehende Großparkplätze, öffentliche Hofflächen an Wochenenden oder die Ausstellungshallen am Funkturm für organisierte wie für nicht vereinsgebundene Sportler erschließen, z.B. für Tennis- und Basketballspieler, Skateboard-Fahrer, etc.
- Das sportliche Ehrenamt verdient die besondere politische Anerkennung. Die 1395 Sportvereine Berlins leisten mit hohem persönlichen Engagement ihrer Mitglieder eine unverzichtbare Arbeit. Mit 364.000 Mitgliedern sind sie die größte Bürgerinitiative der Stadt. Sie gilt es insbesondere zu unterstützen, indem wir den Verwaltungsaufwand im Umgang mit Berliner Behörden reduzieren, für eine Vereinfachung des Steuerrechts eintreten und das unverzichtbare Ehrenamt öffentlich anerkennen und würdigen.
- Sport und Schule sollen durch partnerschaftliches Zusammenwirken neue Wege in der Talentsuche und -förderung gehen. Deshalb wollen wir zum Schuljahr 1989/90 zwei Sportoberschulen in Berlin einrichten.
- Nachdrücklich setzen wir uns für die Idee des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan ein, Olympische Spiele in unserer Stadt zu veranstalten. Mit unserer Sportpolitik ist Berlin für eine solche Gastgeberrolle - z.B. im Jahr 2004 - gut gerüstet.

VII. Dem Gemeinwesen dienen

Der Rechtsstaat ist ein Fundament jeder freiheitlichen Demokratie; Rechtssicherheit ein Gradmesser der Kultur eines Gemeinwesens. Den inneren Frieden zu sichern, bedarf es der gemeinsamen Anstrengung aller Demokraten.

32. Den inneren Frieden bewahren

Jede Zukunft braucht Sicherheit. Berlin bietet den verschiedensten Menschen die Möglichkeit der Selbstverwirklichung. Diese Freiheit der Bürger garantiert der Rechtsstaat, denn die Durchsetzung des Rechts dient vor allem dem Schutz des Schwachen. Wir dulden keine gewaltsamen Krawalle oder Hausbesetzungen. Politisch motivierte Gewalttäter werden genauso verfolgt wie jeder andere Kriminelle. Heute ist Berlin nicht zuletzt deshalb wieder eine wachsende Stadt, weil wir unsere Freiheit schützen und Rechtsbrechern jeder Art nicht nachgeben.

- Wir werden auch in Zukunft keine rechtsfreien Räume in der Stadt zulassen.
- Wir werden besondere Anstrengungen zur Bekämpfung der Gewalt- und Rauschgiftkriminalität und zur Verfolgung von Umwelt- und Wirtschaftsverbrechen unternehmen.
- Wir wollen auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger sowie die Verbrechensvorbeugung dadurch stärken, daß mehr Polizisten auf den Straßen, aber auch in den U- und S-Bahnen sichtbar sind.
- Wir wollen durch eine bessere Aus- und Fortbildung der Berliner Polizisten erreichen, daß sie den gewandelten Anforderungen besser gerecht werden können. Bei der Erfüllung ihrer Aufgabe, die Sicherheit der Bürger zu schützen, kann die Polizei mit der Unterstützung der Berliner CDU rechnen.

33. Dem Gemeinwohl verpflichtet

Politische Mandatsträger im demokratischen Rechtsstaat erhalten Macht auf Zeit verliehen. Der innere Frieden gerät auch in Gefahr, wenn diese Macht nicht dazu benutzt wird, den Bürgern zu dienen, sondern sich selbst zu bedienen. Die Berliner CDU ist sich dieser Gefahr schmerzlich bewußt geworden und hat daraus unmißverständliche Konsequenzen gezogen. Es müssen aber auch institutionelle Vorkehrungen gegen die Versuchung des Machtmißbrauchs vorhanden sein.

- Wir werden weiterhin für Durchschaubarkeit aller politischen Entscheidungen sorgen und den erklärten Willen des Regierenden Bürgermeisters, für mehr Transparenz im Baubereich zu sorgen, energisch unterstützen.

34. Wir stehen zu unserem öffentlichen Dienst

Berlin hat eine leistungsbereite öffentliche Verwaltung. Die öffentlich Bediensteten unserer Stadt verdienen Anerkennung für ihren Dienst an der Gemeinschaft. Der öffentliche Dienst muß aber auch für die Anforderungen des kommenden Jahrzehnts gerüstet werden.

Nur eine Verwaltung, die mit moderner Technik gut ausgestattet ist und die sich auf motivierte und flexible Mitarbeiter stützt, wird sich den Aufgaben der neunziger Jahre stellen können. Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung bleibt bei allen Neuerungen unser wichtigstes Ziel.

Der Gefahr von Unbeweglichkeit und Bürokratismus wird am besten begegnet, wenn Verwaltungsaufgaben und Verwaltungsstrukturen einer kritischen Überprüfung unterzogen und Motivation und Anerkennung der Arbeit der öffentlich Bediensteten verbessert werden.

- Wir bekennen uns zur eigenverantwortlichen Verwaltung in den Bezirken und zu einer leistungsfähigen Hauptverwaltung. Wir wollen der Überverwaltung Berlins entgegenwirken und das Verwaltungsmanagement modernisieren.
- Wir wollen durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechniken eine bürgernahe und leistungsorientierte Verwaltung für die Zukunft sichern.
- Wir treten dafür ein, daß die Bezüge der Kleinstverdiener des öffentlichen Dienstes angehoben werden, damit ihr Dienst an der Gemeinschaft so die angemessene Anerkennung findet.
- Wir setzen uns dafür ein, daß der Anteil von Frauen an Führungspositionen im öffentlichen Dienst deutlich erhöht wird.
- Wir wollen ein Teilzeit-Beamten-Verhältnis in das öffentliche Dienstrecht einführen und den Modellversuch "Job-Rotation" fortsetzen.

35. Die Eigenbetriebe haben sich bewährt

In unseren Versorgungs- und Entsorgungsbetrieben arbeiten 26.000 Mitarbeiter. Sie sorgen für Wasser, Gas, attraktive und zuverlässige Verkehrsangebote und befreien uns vom täglichen Müll und Abwasser; Leistungen, die wir nur dann bemerken, wenn sie einmal ausbleiben.

Die kommunale Infrastruktur unserer Stadt ist ohne sie nicht denkbar. Darüber hinaus sind sie ein stabiler Auftraggeber für unsere Berliner Wirtschaft: 750 Millionen DM allein an Aufträgen im letzten Jahr, überwiegend für Berliner Unternehmen. Die Eigenbetriebe sind leistungs-

fähig, im Vergleich mit anderen Ballungsgebieten preisgünstig. Gleichzeitig sind sie auch eine Visitenkarte für die Leistungsfähigkeit und die Qualitätsstandards unserer Stadt.

- Unter dem Motto "Berlin löst Stadtprobleme" wollen wir anderen Ballungsgebieten in Deutschland und im Ausland bei der Lösung kommunaler Infrastrukturpro-

bleme helfen und damit gleichzeitig mittelbare Wirtschaftshilfe für unsere Berliner Wirtschaft leisten.

- Wir wollen für die Mitarbeiter der Eigenbetriebe ein eigenes Sozialwerk schaffen.
- Notwendige öffentliche Daseinsvorsorge, wie sie unsere Ver- und Entsorgungsbetriebe erbringen, ist in der öffentlichen Hand. So soll es auch künftig sein.

VIII. Miteinander leben - Berlin ist für viele Ausländer zur Heimat geworden

Zuwanderung ist nichts Neues in der Berliner Geschichte. Mit den Zuwanderern und Gästen sind auch immer wieder neue Ideen nach Berlin gekommen, die unsere Stadt wirtschaftlich und kulturell vorangebracht haben. In den 60er und 70er Jahren haben vor allem ausländische Arbeiter aus dem Mittelmeerraum mit ihren Familien in Berlin eine neue Heimat gefunden. Der Zuzug einer großen Anzahl türkischer Familien war für unsere Stadt eine Herausforderung. Wir wissen, daß das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern aus den verschiedenen Kulturen mannigfache Schwierigkeiten für beide Seiten mit sich bringt. Für uns ist deshalb die Integration der ausländischen Zuwanderer eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe.

Unsere Ausländerpolitik zielt auf ein lebendiges und gedeihliches Miteinander von Deutschen und ausländischen Zuwanderern und auf ihre Integration. Der allmähliche Anpassungsprozeß kann nur gelingen, wenn er von gegenseitiger Achtung getragen wird. Während der letzten Jahre ist der Ausländeranteil an der Berliner Bevölkerung annähernd gleich geblieben. Das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg unserer Integrationspolitik.

36. Die Integration fördern - Den Zuzug begrenzen

Integration dauert ihre Zeit; sie fordert von beiden Seiten Verständnis und Einfühlungsvermögen. Deutsche und Ausländer in Berlin haben schon viele Erfolge auf diesem Weg erreicht. In den nächsten Jahren wollen wir uns vor allem auf die Eingliederung der zweiten und dritten Ausländergeneration konzentrieren. Der größte Teil der jungen Ausländer ist bereits in Berlin geboren oder hier aufgewachsen. Sie fühlen sich als Berliner und sehen die Stadt als ihre Heimat an. Deswegen gibt es zu einer umfassenden Integrationspolitik keine Alternative. Wir wollen den jüngeren Ausländern helfen, erfolgreich in der Schule zu sein, eine qualifizierte Berufsausbildung zu durchlaufen und einen vollwertigen Arbeitsplatz zu finden. Da der Sport ein wichtiges Begegnungsfeld von deutschen und ausländischen Jugendlichen ist, wollen wir besonders die Jugendsportarbeit in Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil fördern.

- Die Berliner CDU lehnt ein kommunales Wahlrecht für Ausländer ab. Sonderrechte sind der falsche Weg zur vollen Integration; sie widersprechen auch unserem Verfassungsverständnis. Wir wollen aber die volle Integration der schon lange in Deutschland lebenden und hier geborenen Ausländer erreichen. Deshalb befürworten wir weitere Einbürgerungserleichterungen, vor allem für die junge Ausländergeneration.

- Wir wollen Ausländern, die seit längerer Zeit arbeitslos sind, bei der Rückkehr und der Re-Integration in ihrem Heimatland helfen. Daher werden wir auch in Zukunft Rückkehrhilfen anbieten.

- Die Berliner CDU hält daran fest, daß der weitere Zuzug von Ausländern aus Nicht-EG-Staaten auf wenige Ausnahmen beschränkt bleibt - Ehepartner und Kinder unter 16 Jahre - um die Integration der bei uns lebenden Ausländer nicht in Frage zu stellen. Integration und Zuzugsbegrenzung gehören zusammen. Nur wenn wir uns beiden Zielsetzungen verpflichtet fühlen, wird das Zusammenleben und Zusammenwachsen gelingen.

37. Schutz für Verfolgte - Aber Mißbrauch des Asylrechts verhindern

Die Bundesrepublik Deutschland gewährt politisch Verfolgten großzügig Asyl. Wir werden die als Grundrecht verankerte Asylzusage auf Dauer nur bewahren können, wenn es uns gleichzeitig gelingt, den massenhaften Mißbrauch besser als bisher zu verhindern. Entschieden treten wir allen feindseligen Parolen gegenüber Asylbewerbern entgegen. Wir bekennen uns ohne Vorbehalt dazu, politisch Verfolgte und "Kontingentflüchtlinge" in unserem Land aufzunehmen. Keinesfalls werden wir uns aber mit dem massenhaften Mißbrauch des Asylrechts abfinden.

- Wir treten für eine deutliche Verkürzung des Asylverfahrens ein. Es muß sichergestellt werden, daß eine abschließende Entscheidung über ein Asylverfahren spätestens nach einem Jahr getroffen wird. Nach dieser Entscheidung müssen rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber die Bundesrepublik wieder verlassen. Straffällige Asylbewerber müssen wie bisher unverzüglich ausge-

wiesen werden. Anerkannten Flüchtlingen wollen wir tatkräftig Integrationshilfe leisten.

- Wir setzen uns dafür ein, daß Flüchtlingen mehr als bisher in den jeweiligen Nachbarländern geholfen wer-

den kann. Wir wollen auch erreichen, daß alle europäischen Länder nach einheitlichen Vorschriften Asyl gewähren.

Jede Menge Leistung - Jede Menge Erfolge

Schule

- 2000 zusätzlichen Lehrerstellen trotz rückläufiger Schülerzahlen
- Einrichtung integrativer Klassen zur besseren Förderung behinderter Schüler
- Schoolworker-Programm zur AIDS-Aufklärung
- Neuordnung der Ausbildungsberufe
- Eröffnung von 5 berufsfeldbezogenen Oberstufenzentren

Sport

- jährlich fast 60 Mio. DM Sportförderung für die Vereine
- 50 Tennisfelder auf Schulhöfen eingerichtet
- 130 ha mehr Fläche für den Sport durch neuen FNP
- Tour de France-Start 1987
- Inbetriebnahme des Breitensportobjektes GutsMuths in Siemensstadt
- die Offenen Deutschen Meisterschaften der Tennis-Damen in Berlin
- Restaurierung der Schwimmanlage Olympia-Stadion

Gesundheit und Soziales

- flächendeckendes Angebot von 64 Sozialstationen
- neuer Krankenhausplan; Wirtschaftlichkeit, Qualität und Humanität im Krankenhaus verbessert
- Deutsches Herzzentrum Berlin eingerichtet
- Gründung des Berliner Rheuma-Forschungszentrums
- Zentrum für Schwerst-Brandverletzte im Urban-Krankenhaus
- Sportmedizinisches Zentrum im Oskar-Helene-Heim
- Verbesserung der Personalsituation in Krankenhäusern und Seniorenheimen
- Seniorenvertretungen in 9 Bezirken / Landesseniorenbeirat
- Pflegegeld für 28.000 Pflegebedürftige
- 38-Punkte-Programm für ein behindertenfreundliches Berlin
- Telebus-Fahrdienst für 10.200 behinderte Berliner

Stadtentwicklung und Umweltschutz

- Planungssicherheit durch den neuen Flächennutzungsplan
- 42.000 Kleingärten rechtlich abgesichert, Ersatzgelände für die restlichen 8.000 Kleingärten
- 300 ha Flächenreserve für die Wirtschaft
- Gebietsaustausch, Fläche West-Berlins um 96,7 ha vergrößert
- Renaturierung der Kiesgrube am Postfenn
- verschärfte Smog-Verordnung
- rund 200.000 schadstoffarme PKW in Berlin, entspricht ca. 25 %
- erfolgreiche Programme für mehr Stadtgrün
- Entsorgungsstelle für FCKWs in Kühlschränken
- Röhrichschutzprogramm seit 1985 - dadurch Röhrichrückgang endgültig aufgehalten

Inneres

- mehr Sicherheit durch verbessertes Gesamtkonzept zur Verbrechensbekämpfung
- Ausbau des Kriminalreferats Wirtschaftskriminalität
- Schaffung einer Kriminalinspektion "Schwarzarbeit"
- Durchsetzung des Vermummungsverbots
- mehr gemischte Streifen Polizei/BVG-Aufsicht in U- und S-Bahn
- Asylantenzustrom über Schönefeld unterbunden
- konsequente Begrenzung des Zuzugs weiterer Ausländer
- 2 weitere Notarzwagenstationen wurden eingerichtet
- 59 überholte Gesetze, Verordnungen aufgehoben
- Trennung der Ordnungsbehörde von der Polizei

Verkehr und Betriebe

- inzwischen 71,5 km des S-Bahnnetzes in Betrieb genommen
- neue S-Bahnzüge auf der S-Bahnlinie 1
- erfolgreiche M-Bahn-Versuchsstrecke
- neues BVG-Tarifkonzept mit dem "Superticket", "Umweltticket"
- Transitübergang Heiligensee eröffnet
- Fluggastzahlen seit 1985 um ca. 20% gestiegen
- Zulassung weiterer Fluggesellschaften
- Eigenbetriebe wirtschaftlicher und KPM durch Veränderung der Gesellschaftsstruktur konkurrenzfähiger gemacht

Finanzen

- Berlin wurde Sitz des Deutsche Venture Capital Verbandes
- Tagung von Weltbank und Internationalem Währungsfond im September 1988

Wissenschaft und Forschung

- Gründung der Akademie der Wissenschaften
- Neubau für das Wissenschaftszentrum
- Doppelinstitut der Fraunhofer Gesellschaft/TUB
- Erfolgreiche Berufung von Spitzenwissenschaftlern
- Einführung neuer Studiengänge (z.B. Biotechnologie, Laser-Technik)
- 13 Stiftungsprofessuren eingerichtet
- Errichtung des Universitätsklinikums Rudolf Virchow
- 20 zusätzliche Professorenstellen an der TFH
- Anstieg der Studenten an Berliner Fachhochschulen um mehr als 20%

Justiz

- Aufhebung überholter alliierter Rechtsvorschriften
- Einrichtung der alliierten Beschwerdestelle
- Abbau der Überbelegung im Strafvollzug